Nr. 17 — Halle a. S., Freitag den 20. Januar 1905. — 16. Jahrg.

Erscheint täglich nachmitt. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertags.
Abonnementspreis monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1.80 Mk. pränumer. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 Mk. exkl. Bestellgeld.
„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht beziehbar, kostet monatlich 10 Pf., vierteljährlich 30 Pfg.
Telephon Nr. 1047. Telegramm-Adresse: Volksblatt Halleſaale.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Insertionsgebühr beträgt für die 6gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., für Wohnungs-, Partei-u. Gewerkschaftsangelegenheiten und Versammlungs-Anzeigen 10 Pfg. Im redaktionellen Teil kostet die Zeile 75 Pfennig.
Inserate für die laufende Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Expedition: Geiststr. 21, Hof 2 Tr. — Redaktion: Geiststr. 21, Hof 2 Tr.

Der Streik im Ruhrrevier.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands erläßt folgenden Aufruf:

An die organisierten Arbeiter Deutschlands!

Im Ruhrkohlenrevier ist am 17. Januar der **Generalstreik aller Bergleute** eingetreten. **200 000 Arbeiter** stehen im Ausstande, um die Anerkennung ihrer Rechte zu erkämpfen. Was sie von ihren Vätern ererbt hatten, die Achtstundenschicht, sollte ihnen durch hinterlistige Grubenordnungen genommen werden. Ihre Vorstellungen und Proteste blieben wirkungslos, das Grubenkapital befahl und die Arbeiter sollten sich einfach unterwerfen. So war es schon seit Jahren gegangen, bald hier, bald da wurden die Schichten verlängert, wurden die Gedinge gekürzt, Wagen gemaßt, Strafgelder erhoben und den Arbeitern unbezahlte Nebenarbeiten aufgebürdet, die ihren Verdienst schmälerten. Und jahrelang wurden diese Bedrückungen murrend, aber ohne ernste Gegenwehr ertragen, weil die Arbeiter keinen Kampf heraufbeschwören wollten, dessen Tragweite unabsehbar werden mußte.

Indes wuchs die Unzufriedenheit in ihren Reihen immer mehr. Die Unfallgefahr nahm mit der Tiefe der Schachtanlagen von Jahr zu Jahr zu, und die Arbeits-Verhältnisse wurden immer ungünstiger. Dazu breitete sich die Wurmseuche in den Gruben aus, die Tausende von Bergleuten mit schwerem Siechtum behaftete und sie einer widerwärtigen Behandlungsweise aussetzte. Um so höher stieg die Aufregung, als die Grubendirektionen weder ernsthafte und schleunige Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Seuche anordneten, noch um die ausreichende Unterstützung der Erkrankten sich kümmerten. Dafür erbitterten sie die Bergleute durch die Stilllegung von ertragsfähigen Kohlenzechen, die nur die Konzentration einiger Großbetriebe fördern sollten, zugleich aber Tausende von Bergarbeitern des Verdienstes beraubten und zahlreiche Gemeinden an den Rand des Ruins brachten.

So war seit langem der Zündstoff zum Kampfe systematisch angehäuft worden. Kann es da befremden, daß die frivole Schichtverlängerung auf der Zeche Bruchstraße das Maß der Erbitterung füllte? Aber die Führer der Bergleute wollten noch immer den Kampf vermeiden und durch gütliche Verhandlungen die Zurückziehung dieser Maßregel erreichen. Sie wurden schroff abgewiesen. Das Grubenkapital wollte den Kampf. Aufs neue trugen die Organisationen der Bergarbeiter Verhandlungen an. Die Grubendirektionen antworteten mit Maßregelungen und höhnischen Drohungen und verweigerten schließlich den Bergleuten mitten in schlimmster Winterkälte die ihnen zustehenden Deputatkohlen. Da zerriß die Erbitterung der Bergarbeiter die letzten Dämme und der Generalstreik wurde unvermeidlich. Noch hofften die Führer durch präzise Aufstellung von Forderungen und Anrufung des Einigungsamtes in letzter Stunde die Gefahr zu beschwören. Das Grubenkapital lehnte auch dieses Entgegenkommen ab und der Kampf hat begonnen.

Einig, wie ein Mann, haben sich alle vier Bergarbeiter-Organisationen des Ruhrreviers der gerechten Sache der Bergleute angenommen. Zum ersten Male ist in diesem Kampf die Einigkeit aller Arbeiterverbände zur Tatsache geworden. Sie verbürgt den Streikenden eine gerechte Würdigung ihrer Forderungen.

Aber die Organisation eines einzelnen Berufes ist den Anforderungen eines solchen Riesenkampfes nicht gewachsen. Millionen sind notwendig, um diese Hunderttausende zu unterstützen in ihrem gerechten Kampfe gegen den maßlosen Uebermut einiger Millionäre und Milliardäre. Da muß die ganze deutsche Arbeiterschaft einig und hilfsbereit hinter den Streikenden stehen und für sie opfern, was in ihren Kräften steht.

Im Namen der Vorstände der zentralisierten Gewerkschaften, deren Zustimmung der Generalkommission zu teil wurde, appellieren wir an alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Deutschlands, die kämpfenden Bergarbeiter in jeder Weise zu unterstützen.

Wohl wissen wir, wie schwer gegenwärtig für viele Arbeiter-Familien auch ein geringes Opfer wird, da Winterkälte und Arbeitsmangel doppelt auf ihnen lasten. Die gemeinsame Sache aller Arbeiter erfordert es, daß jeder gibt, was er zu geben vermag. Die Opferwilligkeit der deutschen Arbeiterklasse, die vor Jahresfrist den 60.0 Krimmitschauer Webern ein glänzendes Weihnachtsfest bereitete, wird auch die Hunderttausende von Bergarbeitern nicht dem Hunger überlassen und sie zwingen, ins unerträgliche Lohnjoch zurückzukehren. Sie wird ihnen helfen, den Kampf für ihre Arbeiterrechte zu einem guten Ende zu führen.

Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter werden der Arbeiterschaft vorangehen durch Opfersinn und Sammeleifer.

An die örtlichen Gewerkschaftskartelle ist das Ersuchen ergangen, die Sammlungen für die streikenden Bergarbeiter in der umfassendsten Weise zu organisieren und ihnen zu vollem Ertrag zu verhelfen. Durch ihre Hand sind alle eingegangenen Gelder gemäß einer mit dem Vorstand des Deutschen Bergarbeiter-Verbandes getroffenen Vereinbarung abzuführen an dessen Hauptkassierer

Paul Horn, Bochum, Wiemelhauserstr. 38-40.

Und nun ans Werk! Bewährt Eure Arbeitersolidarität. Unterstützt rasch und reichlich.

* * *

Bürgerliche Berliner Abendblätter wußten zu melden, daß die Zechenbesitzer Vertreter gewählt hätten, die an der gemeinsamen Beratung mit der Regierung und den Arbeitervertretern teilnehmen wollten.

Dagegen wurde in späterer Stunde Mittwoch abend nach Berlin gemeldet, daß **der Bergbauverein die gemeinsame Verhandlung mit der Regierung und den Arbeiter-Vertretern abgelehnt habe.**

Die Zechenbarone verharren also in ihrer trotzig ablehnenden Haltung und treiben damit die Provokation bis aufs äußerste. Um so mehr Bewunderung verdient darum das tadellose Verhalten der Arbeitermassen.

Der Berliner Lokalanzeiger meldet vom Mittwoch nachmittag aus Essen:

Die Sympathie der Bürgerschaft wendet sich immer mehr den Arbeitern zu, zumal deren **Verhalten bisher musterhaft** war. Die eigene Arbeiterpolizei genügte fast überall, um Ausschreitungen zu verhindern.

Das wenig musterhafte Verhalten der Arbeitgeber wird durch solche Berichte sicher nicht zu gunsten der Arbeiter voreingenommenen Berichterstatter in desto schärfere Beleuchtung gerückt.

Trotz des musterhaften Verhaltens der Arbeiter erblickt aber die Regierung ihre Aufgabe darin, immer mehr Polizei- und Gendarmerie-Massen nach dem Streikgebiet zu dirigieren. So ist wieder ein größeres Gendarmerie-Kommando aus der Umgegend von Altona in das Ruhrrevier gesandt worden. Aus den rheinischen Städten werden größere Polizei-Abteilungen abkommandiert, so sind allein 50 Polizisten der Stadt Bonn in das absolut ruhige Streikgebiet geschickt worden.

Eine weitere erst recht befremdliche Maßregel, die keineswegs zur Beruhigung der Gemüter beitragen kann, ist die Uebertragung der Polizeigewalt an die Grubenbeamten. Unser Dortmunder Parteiblatt schreibt darüber:

Gerade gegen die Grubenbeamten richten sich die heftigsten Beschwerden der Arbeiter. Gerade unter den Beamten gibt es Rohlinge die Menge, von ihnen ist die Bergarbeiterschaft beleidigt, geschunden, getreten und gepriegelt worden. Ja es ist vorgekommen, daß auf der Steigerstube Beschwerde führende Bergleute von Beamten direkt mit dem Revolver bedroht worden sind. Mehrfach haben solche Ausschreitungen schon die Gerichte beschäftigt. Und Beamten der Gruben wird jetzt Polizeigewalt übertragen, ausdrücklich wird bekannt gegeben, daß sie Organe der Staatsgewalt sind, sie werden mit Revolver und Säbel von Amts wegen ausgerüstet. Eine Maßregel, die in einem Kulturstaate noch nicht dagewesen sein dürfte. Mit den Abzeichen ihrer Amtsgewalt ziehen die Beamten früh morgens los und nötigen die Leute zur Arbeit in einer Weise, daß es als Ruhestörung empfunden wird. Wenn da nicht ernsthafte Konflikte entstehen, wäre es ein Wunder zu nennen. Diese neue Art Ordnungshüter bedeuten in der Tat eine große Gefahr für die öffentliche Ordnung. Es ist dringend notwendig, daß baldigst Gegenmaßregeln getroffen werden, ehe es zu spät ist. Den Bergleuten aber, die von diesen Beamten früh morgens im Schlaf gestört oder zur Arbeit genötigt werden, raten wir dringend, Strafantrag gegen die Beamten zu stellen wegen Ruhestörung und Mißbrauch der Amtsgewalt.

Auf einer Zeche (Fürst Hardenberg) ist die Feuerwehr als Polizei ausgerüstet worden, an der Spritze steht ein Steiger.

Auf der Zeche Zentrum bei Bochum soll es zu Zusammen-

15] (Nachdruck verboten.)

Das Vergessen?

Elsaß-Lothringen 1877—1900.

Roman von Theodore Cahu und Louis Forest.
Deutsch von Suzanne Braeutigam-Romane.

„Ah, diese Kanaillen!" schimpfte Guckert nach der Erzählung des Abbés.

Diese Meinung war zwar etwas stark ausgedrückt, aber trotz ihrer Lebhaftigkeit wurde sie im allgemeinen von allen geteilt. Man machte nun den Geistlichen mit der Frage bekannt, über die eine Entscheidung getroffen werden sollte. Aber zum allgemeinen Erstaunen verhielt sich der Priester sofort ablehnend.

„Nein, nein, ich werde kein Wort sagen, um Euch in diesem oder jenem Sinn zu beeinflussen. Jeder vertritt seinen Patriotismus in seiner Art. Ob Kaspar und Peter im Lande bleiben oder sich nach Frankreich begeben, niemand wird das Recht haben, über sie einen Tadel auszusprechen. Ich weiß wohl, was ich an ihrer Stelle tun würde, aber ob meine Entscheidung gut sein würde, das ist mir nicht bewiesen."

„Das ist nicht recht von Ihnen, Herr Curé," sagte der Vater Schilling, „daß Sie in unserer verzweifelten Lage uns selbst überlassen."

„Nein, das ist einfach vernünftig. Treten Sie meiner Ansicht nicht bei, Herr Stockmann?"

„Gewiß," bestätigte dieser.

Seit einiger Zeit hatte der Geistliche das Papier vom Tische genommen, das zur Einhüllung der Puppe für Gretele gedient hatte. Genau auf die langsam vorwärtsschreitende Unterhaltung achtend, brachte er damit die Zeit hin, die Seiten zusammen- und wieder auseinanderzufalten. Plötzlich heftete sich sein Blick auf das Gedruckte, und er begann, aufmerksam zu lesen.

Hans Schilling richtete zum zweiten Male das Wort an den Priester:

„Wirklich, Sie wollen uns keinen Wink geben?"

„Ich wiederhole, daß ich Ihre Entscheidungen in einer Sache dieser Art nicht lenken kann. Ich habe nicht das Recht dazu, nicht wahr, Herr Stockmann? . . . . Aber seht, wie der Zufall uns zu Hilfe kommt. Ich will Euch etwas vorlesen; nachher werdet Ihr, denke ich, mit größerer Gerechtigkeit zu Rate gehen. Auf diesem Papier ist eine Proklamation des Bürgermeisters von Straßburg aus dem Kriege abgedruckt. Weil es nicht lang genug war, die Puppe ganz zu umhüllen, hat man an das Ende noch zwei andere Blätter angeklebt, die in derselben Zeit gedruckt worden sind. Wie sind diese Papiere in dieses Dorf gekommen? Gott allein weiß es. Aber ich will sie Euch vorlesen. Das wird Eure Ueberzeugung bestärken."

Dann mit bewegter Stimme, die mehr und mehr an Wärme zunahm, begann der Priester:

„Mairie der Stadt Straßburg.

„Nachricht.

„Die durch das Bombardieren ruinierten Personen finden von jetzt an Schutz in der Großen Metzig, in der Wilhelmer Schule, in dem Tabakmagazin, Finkwillerstraße (Herrenstall), und im Theater.

Sie können ihre Nahrung beziehen in der Anstalt St. Joseph, Unkergäßchen, in der Bierwirtschaft Biton, Alter Kornmarkt, in der Gedeckten Halle, bei den Diakonissinnen, St. Marxgasse, und in der Anstalt St. Marie, Krebsgasse.

„Straßburg, den 2. September 1870.

„Der Maire, Humann."

„Die armen Leute!" sagte Rose.

„Ach! Was haben wir in Straßburg gelitten!" fügte Stockmann hinzu. „Die Preußen haben mehr als 200 000 Granaten auf uns geworfen. Um uns herum wütete der Tod, und die Stadt war ein Flammenmeer. . . . Wir haben gelitten!"

„Hier", begann der Priester von neuem, „die zweite Proklamation:

„Proklamation des Maire von Straßburg.

„Liebe Mitbürger!

„Nach einem heldenmütigen Widerstand, welcher in den militärischen Annalen nur seltene Beispiele zählt, hat der würdige General, welcher den Platz von Straßburg kommandierte, im Einvernehmen mit seinem Verteidigungsrat, mit dem Oberbefehlshaber der belagernden Armee eine Uebereinkunft für Uebergabe der Festung abgeschlossen.

„Den harten Notwendigkeiten des Krieges nachgebend, hat der General diesen Entschluß fassen müssen angesichts zweier Breschen, eines drohenden Sturmes, welcher unheilvoll für uns gewesen wäre, und der unersetzlichen Verluste, welche die Garnison und ihre tapferen Anführer erlitten haben. Der Platz war nicht mehr haltbar; er ist in Unterhandlung getreten, um zu kapitulieren.

„Dieser Entschluß, der das Kriegsgesetz beseitigt, welches einen mit Sturm genommenen Platz den härtesten Behandlungen preisgibt, bringt der Stadt Straßburg den Vorteil, daß sie keine Kriegssteuer zu bezahlen hat, und daß sie milde behandelt wird.

„Um elf Uhr wird die Garnison abziehen mit den militärischen Ehren, und die deutsche Armee wird heute die Stadt besetzen.

„Ihr, die Ihr mit Geduld und Ergebung die Greuel des Bombardements ertragen habet, vermeidet jede feindselige Kundgebung gegen das Armeekorps, welches in unsere Mauern einrücken wird.

„Erinnert Euch, daß der geringste Angriff unsere Lage verschlimmern und schreckliche Repressalien auf die gesamte Bevölkerung ziehen würde. Das Kriegsgesetz sagt, daß jedes Haus, aus welchem ein Schuß gefeuert würde, geschleift und die Bewohner desselben niedergemacht werden sollten. Jeder möge sich dessen erinnern, und wenn sich unter Euch Leute befänden, welche vergessen könnten, was sie ihren Mitbürgern schulden, um ohnmächtige Widerstandsversuche zu sinnen, verhindert sie daran. Die Stunde des Widerstandes ist vorüber. Fügen wir uns in das Unvermeidliche.

„Ihr, liebe Mitbürger, die Ihr während dieser langen Belagerung eine Geduld, eine Tatkraft entfaltet habet, welche die Geschichte bewundern wird, bleibet würdig Eurer selbst in dieser schmerzlichen Stunde.

„Ihr haltet das Los Straßburgs und das Eurige in Eueren Händen. Vergesset es nicht!

„Straßburg, den 28. September 1870.

„Der Maire, Küß."

„Darunter," sagte noch der Geistliche, „hat man eine dritte Proklamation aus der Zeit des Krieges hinzugeklebt, aber das Papier ist zu zerrissen, und nur das Ende ist leserlich:

„. . . Ihr Euererseits, erinnert Euch ohne Bitterkeit Eures

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219050120-15/fragment/page=0001

Hühen mit der Polizei gekommen sein, die mit der blanken Waffe einhieb und mehrere Personen verletzte. —

Die Zahl der Streikenden hat 200000 weit überschritten, über 200 Zechen liegen still. Von den wenigen Belegschaften, die bis jetzt die Arbeit noch nicht niedergelegt hatten, haben sich gestern mehrere dem Streik angeschlossen. —

In den westfälischen Eisenwerken macht sich der durch den Bergarbeiterstreik hervorgerufene Kohlenmangel bereits sehr fühlbar. So müssen in den Stahlwerken der Firma Eicken u. Co. 1180 Mann feiern. Im Puddel- und Walzwerk von Funcke u. Elbers sind vorläufig zwei Walzenstraßen und eine Anzahl Puddelöfen stillgelegt worden. Bei eingeschränktem Betriebe kann noch drei Tage gearbeitet werden. Dann müssen 370 Arbeiter feiern. Die Hagener Gußstahlwerke haben den Betrieb auf sieben Stunden täglich beschränkt. In wenigen Tagen muß eventl. der Betrieb eingestellt werden. Die Hagener Textilindustrie verfügt noch über Kohlenvorräte für 14 Tage. Das Hasper Eisen- und Stahlwerk hat einen Teil des Betriebes stillgelegt. Einige kleinere Werke haben ihren Betrieb eingeschränkt.

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 19. Januar 1905.

Der Reichstag

beriet am Mittwoch über den Etat des Reichseisenbahnamtes, nachdem er zuvor die Einstellung der Strafverfolgung gegen die sozialdemokratischen Abgeordneten Scheidemann, Schmidt-Frankfurt und Dreesbach, sowie gegen den Zentrumsabgeordneten Gerstenberger beschlossen hatte. — Im Mittelpunkte der Verhandlungen stand während des ersten Teiles der relativ kurzen Sitzung die Eisenbahnbetriebsmittel-Gemeinschaft, die die Heidelberger Konferenzen in die Wege geleitet haben, während des zweiten Teiles dagegen die vierte Wagenklasse, diese Spezialinstitution der Latifundienbezirke, die in Ländern alter Kultur und bürgerlichen Gepräges, in Süddeutschland, Frankreich, England, Oberitalien unbekannt ist, während die Großgrundbesitzerparadiese Norddeutschland und Süditalien sich ihrer erfreuen. — Die Betriebsmittel-Gemeinschaft begeisterte die schwäbischen Abgeordneten ohne Unterschied der Parteirichtung, wie Erzberger (Zentr.), Storz (Vpt.), Hieber (natl.) und Dr. Wolf (Wertch. Vrgg.), zu recht übertriebenen Lobeshymnen, diemeil der Bayer Dr. Pichler vom Zentrum einmal wieder sein partikularistisches Bajuvarenherz entdeckte. Die freisinnigen Abgeordneten Gothein, Schrader, Pachnicke, v. Gerlach forderten Tarifreformen in der Richtung auf Herabsetzung der Personen- wie der Gütertarife. Die scharfe Kritik, die bereits ein Teil der freisinnigen Redner an der menschenunwürdigen Einrichtung der vierten Klasse übte — namentlich Herr v. Gerlach fand recht energische Worte — fand lebhaften Wiederhall bei unserer Fraktion, für die die Genossen Dr. David und Reißhaus sprachen. Der letztere geißelte auch die rückständigen Verkehrsverhältnisse im industriereichen Meininger Oberland, während der erstere der Katze die Schelle umhängte und betonte, was die schwäbischen Demokraten über die ökonomischen Vorteile übersehen: die Betriebsmittel-Gemeinschaft ist ein neues Mittel, den reaktionären Einfluß des rückständigen Preußens in Süddeutschland zu verstärken! — Wie recht unser Genosse hatte, bewies Graf Limburg-Stirum mit seiner Polemik gegen die Herabsetzung der Personentarife und mit dem begeisterten Lobhymnus auf die vierte Klasse, die Se. Erlaucht, der Herr Graf und Erfinder des geflügelten Wortes von der — Eisenbahnvagabundage, wohl kaum je persönlich zu benutzen gesucht haben dürften. Dem schlesischen Grafen sekundierte ein brandenburgischer bürgerlicher Junkergenosse, Professor Pauli aus Eberswalde; wenn man seinen Worten Glauben schenken darf, so ist die vierte Eisenbahnklasse sein Lieblingsgefährt. Selbst der trockene Dr. Müller-Sagan wurde witzig, als er die fadenscheinige Beweisführung des Herrn Professors zerpflückte. — Am Donnerstag kommt der Postetat zur Beratung; die freisinnige Interpellation über die Schiffahrtsabgaben wird wegen Buddes Krankheit nicht vor dem 26. Januar an die Reihe kommen.

Preußischer Landtag.

Im Abgeordnetenhaus begann gestern die zweite Beratung des Ausführungsgesetzes zum Reichsseuchengesetz. Die Vorlage hat lange Zeit in der Kommission gesteckt, ist schon einmal im Plenum beraten worden und wieder in die Kommission zurückverwiesen worden. Ob sie jetzt zu stande kommt, ist immer noch zweifelhaft. Die Konservativen und mit ihnen das Zentrum sind mit der Regelung der Kostenfrage für die sanitären Vorschriften, wie sie die Vorlage enthält, nicht einverstanden. Sie verkennen wohl nicht die hygienischen Fortschritte, welche durch die im Gesetze statuierte Anzeigepflicht und die Schutzmaßregeln gegen ansteckende Krankheiten angebahnt werden, sie wollen aber durchaus die Lasten von den Gemeinden, selbstverständlich besonders von den ländlichen Gemeinden, abwälzen. Aus der Mitte der Parteien wurden zu den Paragraphen, die die Kostenfrage regeln, so viel neue Anträge, zum Teil handschriftlich, gestellt, daß eine sofortige Weiterberatung im Plenum unmöglich wurde. Um eine Uebersicht über diese vielen Anträge zu erlangen, wurde die Verhandlung abgebrochen und auf heute vertagt. Die freisinnigen Parteien und die Nationalliberalen traten wohl warm für die Vorlage ein. Auch der Kultusminister Studt sprach den lebhaften Wunsch nach einem Zustandekommen des Gesetzes aus. Ob es aber dazu kommt, das wird sich, wie gesagt, erst heute entscheiden.

Außer der gestrigen Beratung steht heute die zweite Lesung der Hibernia-vorlage auf der Tagesordnung.

Der Indemnitätshandel.

Die Indemnitätsposse, die die bürgerlichen Parteien in der Budgetkommission des Reichstages aufführen, schien gut, so lange sie kurz zu sein schien. Aber die Helden vom Zentrum kennen kein Maß und Ziel; sie spielen das Stück aus dem Stegreif weiter und beginnen, langweilig zu werden.

Die Regierung hat, wie es eben ihre Art ist, zur Beschleunigung des Baues der Otavibahn bis Otmarura (Südwestafrika) 1750000 M. an die Privatfirma Koppel bewilligt und mit ihr einen Vertrag geschlossen, wonach die Gesellschaft für jeden Tag der Verzögerung ihrer Arbeiten 2500 M. zahlen muß, also, wie Herr Arendt als tüchtiger Geschäftsmann gleich richtig ausrechnete, noch nach einem Jahre, ohne etwas getan zu haben, 800000 M. einstecken kann. Der Vertrag ist ein Skandal; daß er ohne Zustimmung des Reichstages geschlossen wurde, ist erst er ohne Zustimmung des Reichstages geschlossen wurde, ist erst recht ein Skandal. Nun bittet Herr Stübel, der Kolonialdirektor, um die berühmte Indemnität. Der Reichstag könne doch nicht so unmenschlich sein, die Beamten belasten zu wollen. Nach längerer Debatte beschloß die Kommission auf Antrag des Gen. Südekum, die Vorlegung des Vertrages zu fordern und einstweilen die Beratung über diesen Punkt zu vertagen.

Herr Bachem vom Zentrum hat diesen Fall einen „Schulfall" genannt, und der konservative Frhr. v. Richthofen hat ihm beigestimmt. Der Reichstag hätte unter allen Umständen einberufen werden müssen.

Wie soll sich aber der „Schulfall" weiter entwickeln? Der Reichstag kann diesen Teil des südwestafrikanischen Nachtragsetats ablehnen; der Gesellschaft haften dann diejenigen Reichsbeamten persönlich, die den Vertrag ohne hinreichende Vollmacht abgeschlossen haben. Nun kann man Tausend gegen Eins wetten, daß die Firma Koppel in solchem Falle nicht zur Kahlpfändung der Beamten schreiten würde. Bei den höflichen Beziehungen, die zwischen interessierten Privatgesellschaften und den Reichsbeamten bestehen, ist es klar, daß die Firma lieber ihre Beute fahren lassen würde.

Damit aber wäre der „Schulfall" auf ein Gebiet hinübergeweht, das für die Oeffentlichkeit sehr geringes Interesse hat. Herr Stübel verschiebt die Sachlage total, wenn er tut, als ob es sich einzig und allein um die Bewilligung oder Nichtbewilligung bestimmter Geldsummen handeln würde. Man darf doch nicht vergessen, daß es sich in diesem Schulfall um die Erteilung der „Indemnität" handelt, d. h. um die Frage, ob dem verantwortlichen Kanzler für sein unverantwortliches Tun „Straflosigkeit" gewährt werden soll, oder nicht. Verweigert der Reichstag die Indemnität, so spricht er damit aus, daß die Regierung Dinge begangen habe, die nicht zu verzeihen seien; wenn er dafür auch nicht, wie andere Parlamente, die Regierung in einen förmlichen Anklagezustand versetzen kann, so kann er eine solche Regierung doch auf keinen Fall mehr an der Spitze des Reiches dulden.

In einem parlamentarisch regierten Lande würde demnach der „Schulfall" folgende Lösung finden: Entweder das Parlament würde die Regierung decken und ihr Indemnität bewilligen, oder aber es würde die Indemnität verweigern, und dann hätte die Regierung nichts weiter zu tun, als ihre Demission zu geben.

In Deutschland aber denkt man an solche Konsequenzen gar nicht. In Deutschland erscheinen und verschwinden die Kanzler — aus der Versenkung, in die Versenkung — ohne daß der Reichstag das Geringste dreinzureden hat. So lange dieser Zustand besteht, bleibt alles Indemnitätsgerede ein Spiel mit leeren Worten.

Zu einer zweiten „Indemnitäts"-Forderung — 200000 Mk. für den Bau einer Bahn von Windhuk nach Rehoboth — haben sowohl das Zentrum als auch die Nationalliberalen ihren ablehnenden Standpunkt bekundet. Es ist also anzunehmen, daß diese Forderung bei der Abstimmung in der Kommission wirklich abgelehnt werden wird. Daß der Reichstag in solcher Hartherzigkeit verharren werde, ist allerdings nicht anzunehmen. Denn da, wie wir nachgewiesen haben, die wirklich notwendigen Konsequenzen einer solchen Ablehnung, dank der gewollten Ohnmacht des Reichstags, gar nicht eintreten können, muß sich irgend ein anderer Ausweg finden lassen. Ein „Kolonialkonflikt" nach Muster des preußischen Militärkonflikts ist auf keinen Fall zu erwarten.

Die Boykottierung des Reichstages.

Die Erwartung, daß sich die Regierung am Mittwoch endlich zur Beantwortung der Interpellation über den Riesenstreik im Ruhrreviere herablassen werde, hat sich nicht erfüllt. Obwohl der preußische Landtag, der in Deutschland voran ist, am Montage über das Ausführungsgesetz zum Reichsseuchengesetz beriet und der Bericht als die einzig anwesenden Regierungsvertreter Kultusminister Studt und die Kommissare verzeichnet, haben die Herren von der preußisch-deutschen Regierung auch am Mittwoch noch keine Zeit gefunden, dem Reichstage Rede und Antwort zu stehen.

Was den allein verantwortlichen Kanzler des Reiches, den Grafen Bülow, betrifft, so ist er allerdings hinreichend entschuldigt. Am Mittwoch fand nämlich im königlichen Schlosse zu Berlin das „Fest des hohen Ordens vom Schwarzen Adler" statt. Daß ein Kanzler des neudeutschen Reiches unter solchen Umständen keine Zeit findet, mit den deutschen Volksvertretern über eine Sache zu sprechen, die augenblicklich die größte Sorge des ganzen deutschen Volkes ist, versteht sich nachgerade von selbst.

Die Wahlprüfungs-Kommission kam nach abermaliger längerer Verhandlung über die Vorkommnisse bei der Wahl des Abg. Brejski (Pole), Vertreters für den Wahlkreis Thorn-Culm (Pole), Marienwerder), zu dem Beschlusse, beim Plenum die Ungiltigkeit der Wahl zu beantragen.

Wegen angeblicher Beleidigung des Königs von Sachsen durch den Landtagsabgeordneten Genossen Kerl ist der württembergischen Abgeordnetenkammer von der Staatsanwaltschaft in Dresden ein Antrag auf Genehmigung der Strafverfolgung zugegangen. Die angebliche Beleidigung soll in einem Artikel der Schwäbischen Tagwacht sich finden. Der Antrag wurde der Geschäftsordnungs-Kommission überwiesen.

Vertagung der Ruhstrat-Prozesse. Sämtliche gegenwärtig noch anhängigen Residenzbotenprozesse, die sich auf Beleidigung des Justizministers Ruhstrat beziehen, sind, wie jetzt aus Oldenburg gemeldet wird, hinausgeschoben worden, bis das Reichsgericht über die Anträge auf Ablehnung der oldenburgischen Richter schlüssig geworden ist

Die Arbeitslosen in München. Am Montag nachmittag hat in München eine vom Gewerkschaftskartell veranstaltete Arbeitslosen-Versammlung stattgefunden, die von mehr als 4000 Personen besucht war. Nach neuerlichen Erhebungen der Gewerkschaften sind jetzt sicher ca. 12000 Arbeiter in München brotlos, und zwar ein großer Teil davon schon seit 6 und 8 Wochen. Diese Tatsache und das brutale Vorgehen der Polizei gegen die Straßendemonstranten lassen es nur zu begreiflich erscheinen, wenn in der Versammlung die äußerste Erbitterung herrschte. Das einleitende Referat erstattete Gen. Landtagsabgeordneter Ad. Müller, der die Arbeitslosen dringend vor unüberlegten Schritten warnte, sich aber auch mit großer Schärfe gegen die Staats- und die Stadtverwaltung wandte, die bisher noch nichts getan haben, um die furchtbare Not zu lindern. In der Debatte, die vier Stunden dauerte, stellte sich heraus, daß die Straßendemonstrationen von einigen freidenkerisch-anarchistischen Konfusionären veranlaßt worden sind. Eine Resolution wurde fast einstimmig angenommen, in der an die Behörden das Ersuchen gestellt wird, für Arbeitsgelegenheit zu sorgen und die kommunale Arbeitslosen-Versicherung baldigst einzurichten. Bei einem ablehnenden Verhalten der angerufenen Organe könne die Versammlung keine Verantwortung für die Folgen übernehmen.

Am Dienstag brachte im Magistrat unser Genosse E. Schmid einen Dringlichkeitsantrag ein. Darin wird die sofortige Inangriffnahme von Notstandsarbeiten und die umgehende Einführung der Arbeitslosen-Versicherung gefordert. Der Antrag wurde sofort in geheimer Sitzung verhandelt. Es wurde beschlossen, die einzelnen Gemeindeämter anzuweisen, so viel als möglich kommunale Arbeiten in Angriff zu nehmen. Außerdem wurde eine Kommission gebildet, die unter Zuziehung von Vertretern der Gewerkschaften noch am gleichen Tage zusammenzutreten hat und eine öffentliche Sammlung für die Arbeitslosen veranstalten soll. Aus Gemeindemitteln wurde dazu so-

---

alten Generals, welcher sich so glücklich geschätzt hätte, Euch das Unglück, die Leiden und Gefahren zu ersparen, die Euch getroffen, aber welcher sein Herz diesen Gefühlen verschließen mußte, um nur die Pflicht und das Vaterland vor Augen zu haben, welches seine Kinder betrauert.

„Drücken wir, wenn wir es können, die Augen zu über die traurige und schmerzliche Gegenwart, und wenden wir die Blicke auf die Zukunft; da werden wir die Stütze des Unglücklichen finden: die Hoffnung.

„Es lebe Frankreich für immer!

„Geschehen im Generalquartier, den 27. Sept. 1870.

„Der Divisionsgeneral:

„Oberkommandant der 6-ten Militärdivision,

„Ulrich."

In dem Maße, wie der Geistliche in seinem Vorlesen weiter schritt, ergaßte ein Fieber alle Zuhörer. In diesen elsässischen Herzen, so schmerzbewegt seit dem Kriege, rief die leiseste Erinnerung an das überstandene Unglück, an die zerstörten jeiner Hoffnungen, an die verwüsteten Stätten, an die jäh zerrissenen Bande mit Frankreich tiefe Erregung hervor, und die Nerven erzitterten leidenschaftlich. Als der Priester mit seiner vollklingenden Stimme, ohne zu sehr zu betonen, die Worte las: „Es lebe Frankreich für immer!" wiederholten alle mit ehrlicher Begeisterung wie aus einem Munde:

„Es lebe Frankreich für immer!"

In dieser erregten Stimmung, die die Erinnerung an das Vergangene schuf, war jede weitere Verhandlung über die Auswanderung der jungen Leute unmöglich geworden.

Ohne aufgefordert zu sein, rief die Mutter von Peter Schilling in schlicher Weise:

„Ich habe verstanden, Herr Curé."

Und an ihren Sohn wandte sie sich:

„Peter, Du wirst abreisen."

Die Augen erglänzten ihm, und er senkte das Haupt, um zu bejahen.

Stockmann und der Priester schüttelten ihm herzlich die Hände.

„Du auch, Du wirst auch abreisen", sagte der dicke Guckert zu seinem Sohne.

„Ich? Nein!" antwortete trocken der Sohn des Schlachters. „Ich habe es schon hundertmal gesagt, ich gehe nicht fort."

Große Mißbilligung zeigte sich auf den Gesichtern der Anwesenden.

„Nein, ich will nicht fortgehen, ich kann nicht", wiederholte Kaspar, dem ein tiefes Schluchzen die Kehle zuschnürte. „Ich werde nicht abreisen. Ich würde vor Heimweh sterben. Wenn ich diese Täler, diese Bäche, diese Wälder, diese Hopfenfelder, die Rebenhügel, auf denen ich arbeite, verlasse, bricht mir das Herz. Schon in Niederbronn fühle ich mich wie in der Fremde. Ich will hier bleiben. Ich werde nicht fortgehen."

Wütend erhob sich sein Vater:

„So, Du willst den Bedientenrock der „Schwoben" tragen, Du willst eine Flinte in die Hand nehmen, mit der die Deinigen erschossen werden sind, Du willst Dich von diesen Barbaren kommandieren lassen, welche Dein Heimatland ruiniert und das in zwei Teile geschnitten haben, was dazu geschaffen war, auf ewig vereint zu bleiben? Du bist ein Feigling."

Der dicke Metzger machte einen mitleiderregenden Eindruck. Sein hochrotes Gesicht ließ befürchten, daß er sich einen Gehirnschlag zuzöge. Das heftige Beben seiner Lippen, das Zittern seiner Hände waren peinlich anzusehen. Der Priester fühlte sich verpflichtet, einzugreifen.

„Nun wohl, mag er doch bleiben. Uebrigens, er wird auch so Kaspar, dem ein tiefes Schluchzen die Kehle zuschnürte, wird er sicher nicht die Waffen gegen seine Heimat tragen."

„Ganz gewiß nicht," rief Kaspar, beschämt und erfreut zugleich.

Aber sein Vater wurde nur immer mehr aufgebracht.

„Dies ist mein Sohn," rief er, „dieser! Ah, ich habe da wahrlich ein gutes Werk geschaffen! Ein schöner Kerl, ein Feigling! Ich sage Euch, daß er ein Feigling ist!... Du bist ein Feigling... Und er hat alles mit angesehen, er! Sieben Jahre sind es her! Unsere Häuser in Trümmern, unser Land vernichtet durch die Schufe! Er hat gesehen, wie seine Mutter beschimpft, sein Vater mißhandelt wurde.... Und er will dienen bei diesen Leuten, diesen Henkern! Ah! Wenn ich mich nicht beherrschte, ... ich würde Dir den Schädel einschlagen."

Um zu verhüten, daß der Aufgeregte an dem umherstehenden Geschirr Unheil anrichte, brachte Stockmann die Flasche „Kirsch", die sich in der Nähe des Metzgers befand, in Sicherheit.

„Beruhigen Sie sich, Guckert!"

„Mich beruhigen! Mich beruhigen! Wenn man solche Sachen erlebt! Ah! Du kannst gehen, geh' zu den Preußen. Kriache vor ihnen. Ich erlaube es Dir jetzt. Ein Bursche mit Deinem Ehrgefühl ist zu nichts zu brauchen.... Du antwortest nichts?... Aber so antworte doch!"

Der Schlachter wartete einen Augenblick und schöpfte Atem, um seinen Zorn noch mehr anzufachen. Das Schweigen war peinlich. Alle richteten die Augen auf Kaspar, der ganz bleich war und auf den Fußboden starrte. Niemand wagte mehr, das Wort zu ergreifen.

„Du antwortest nichts?" wiederholte Guckert nach einer Pause.

Kaspar blieb stumm.

„Höre doch," bat Rose, „sag doch etwas, ich bitte Dich."

Die Stimme seiner Geliebten gab dem armen Jungen Mut. Er warf einen flüchtigen Blick auf das junge Mädchen, deren Augen von Tränen getrübt waren. Dieser Anblick brachte ihn außer sich.

„Nun wohl!" rief er, „ich werde reden, und ich werde alles offenbaren, was ich denke. Ihr findet alle, nicht wahr, daß mir der Mut fehlt, und daß ich Unrecht habe. Es ist möglich. Aber ich liebe Rose. Das sagt alles. Wir haben uns versprochen. Ich liebe sie, ich liebe sie, ich liebe sie. Ich kann es laut ausschreien, weil alle Welt es weiß. Und wir werden nur hier glücklich werden, hier in Eurer Nähe, an der Seite unserer Freunde, unserer Angehörigen, inmitten all der Dinge, die uns heimlich und vertraut sind."

„Ich hoffe jetzt, daß Du ihm jetzt nicht mehr Deine Tochter geben wirst!" rief Guckert, indem er sich an Hans Schilling wendete.

„Doch ..." fing Kaspar wieder an. „Sie werden mir Ihre Tochter geben, weil ich ein rechtschaffener Kerl bin, und weil ich sie glücklich machen werde. Und sie wird um so glücklicher sein, weil sie in Ihrer Nähe bleiben wird, und weil sie Euch Eltern im Alter pflegen kann. Ich wiederhole es, ich werde nicht fortgehen. In Frankreich, in Paris, würde ich untergehen. Ich muß die Luft meiner Heimat einatmen können, das fühle ich ganz deutlich.... Ich bin kein schlechterer Patriot als die anderen.... Ich hasse die Preußen genau so wie Ihr."

„Ja, und deswegen willst Du ihre unglückliche Uniform tragen."

„Vater, ich werde sie nicht tragen, die preußische Uniform."

„Wie, glaubst Du, sie werden Dich verschonen? Wenn Du darauf rechnest, wirst Du Dich sehr täuschen. Du bist kräftig, Du wirst ausgehoben, und wirst Deine Schläge bekommen in irgend einem Regiment in Norddeutschland."

Fortsetzung folgt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219050120-15/fragment/page=0002

fort der Betrag von 20 000 Mark bewilligt, und die gleiche Summe wird der Münchener Hilfsfonds zuschießen; auch die Regierung soll um einen Beitrag angegangen werden. Die Versammlung hat also mit einer Promptheit gewirkt, die nichts zu wünschen übrig läßt.

Am Dienstag nachmittag haben sich wieder einige Hundert Arbeitslose am Gendlingertorplatz versammelt, gegen die abermals ein starkes Polizeiaufgebot aufmarschierte. Anscheinend sind wieder zahlreiche Verhaftungen vorgenommen worden.

Soldatenselbstmorde. Erschossen hat sich der Soldat Tröger vom 14. bayrischen Infanterie-Regiment in Nürnberg und der Sergeant Held vom 3. bayrischen Trainbataillon in Fürth.

Ausland.

Frankreich. Die Demission Combes'. Im Ministerrat überreichte Combes Loubet sein Demissionsgesuch. Das Schreiben ist, nach dem B. T., eine lange, überaus heftige Anklage gegen die Dissidenten. Combes nennt die Dissidenten eine Koalition von Ehrgeizigen und Ungeduldigen, die, mit den nationalistischen und klerikalen Feinden verbündet, ihn seit Monaten gehetzt und die Reformen verhindert haben. Combes sagte, er hätte weitergekämpft, wollte aber das Programm der Linken nicht gefährden. Bisher habe dieses Programm andauernd eine Majorität gefunden, darum dürfe auch das neue Kabinett nur nach dem Willen der bisherigen Majorität regieren.

— 466 Kongregations-Anstalten sollen nach nach einer Regierungs-Verfügung gemäß dem Gesetz vom 16. Juli 1904 geschlossen werden.

— Zur Syveton-Affäre. In nunmehr eingereichten Berichten in der Syveton-Angelegenheit glauben alle Sachverständigen mit Ausnahme eines einzigen an einen Selbstmord Syvetons. Man erklärt einig, daß die Annahme, der Selbstmord sei durch Betäubungsmittel erfolgt, die richtige ist, und daß große Quantitäten Kohlensäure, welche im Körper Syvetons aufgefunden wurden, nur die Annahme eines gashaltigen Mittels bestärken.

Italien. Ein Schandurteil ist dieser Tage in Bologna gegen streikende Arbeiter gefällt worden. Vor Monaten kam es im Wirtshause zu Molinella während eines Landarbeiterstreiks zu einem Wortgefecht zwischen Streikenden und einem Streikbrecher. Die Leute verließen das Wirtshaus. Auf der Straße zog der Streikbrecher Luccheri einen Revolver aus der Tasche, schleuderte seinen Hut einige Meter weit von sich und rief: „Wer bis zu meinem Hut sich heranwagt, den schieße ich nieder!" Einer der Streikenden ging auf den Hut zu und trat ihn mit Füßen. Als er den Revolverlauf auf sich gerichtet sah, entfloh er. Darauf gab der Streikbrecher zwei Schüsse ab und verwundete den Fliehenden an der Schulter. Als Luccheri noch weiter schoß, wendete sich der Streikende und schleuderte einen Stein nach seinem Angreifer, durch den er ihn im Gesicht verletzte. Urteil: Der angegriffene Streikende wird zu 16 Monaten Gefängnis einschließlich 2½ Monaten Einzelhaft verurteilt. Ein organisierter Arbeiter, der Zeuge der Szene war, wird wegen Aufreizung zu ebenfalls 16 Monaten verurteilt. Der Revolverheld wird freigesprochen!

Rußland. Große Arbeiterdemonstrationen haben wieder in Lodz stattgefunden. Das Militär schoß auf die Demonstranten, woburch mehrere Personen getötet oder verwundet wurden.

— Rache an einem Knutenhelden. Wie aus Krementschug gemeldet wird, wurde dem dortigen Polizeimeister auf offener Straße von einem Unbekannten eine Flasche mit Schwefelsäure ins Gesicht geworfen. Der Beamte erlitt schwere Verletzungen und ist halb erblindet. Man glaubt, daß es sich um die Vergeltungstat eines Arbeiters handelt, weil derselbe Polizeimeister seinerzeit bei den Arbeiterunruhen die Ruhestörer im Gewahrsam hatte durchpeitschen lassen.

— Opfer des Aufklärungs-Kampfes. Die Polizei hat in Jelisawetgrad die Druckerei der sozialdemokratischen Partei entdeckt und dort einige Hundert Proklamationen gefunden. Sechs Verhaftungen wurden vorgenommen. Das Lokal der Druckerei wurde durch einen Spion an die Behörde verraten.

Der Krieg in Ostasien.

Der Heldenruhm des Verteidigers von Port Arthur beginnt sich mehr und mehr zu verdunkeln. Es ist schon aufgefallen, daß die Garnison der Festung bei der Uebergabe noch sehr stark war und daß statt, wie man annahm, 10 000 russischen Soldaten deren 24 000 in die japanische Kriegsgefangenschaft gingen. Vor allem ist die große Zahl der noch kampffähigen russischen Offiziere in Rußland unangenehm aufgefallen. Daher ist das Urteil über General Stößel in Rußland durchaus nicht mehr so günstig. Die Haltung der öffentlichen Meinung in Rußland in Bezug auf die Kapitulation von Port Arthur wird bestätigt durch eine Meldung des Kriegskorrespondenten der englischen Zeitung Daily Telegraph, der am 14. Januar seinem Blatte depeschierte:

„Es ist kaum glaublich, daß die Russen diese Stellungen aufgaben, ohne um sie zu kämpfen. Die Uebergabe von 24 000 kampftüchtigen Offizieren und Mannschaften wirft ein schlechtes Licht auf die Tapferkeit der Russen, denn die Erzählungen von einem Mangel an Lebensmitteln in der Festung sind übertrieben. Große Mengen Gewehre, Munition und Granaten wurden in die See geworfen. Die tapfere Verteidigung wurde durch eine schmachvolle Kapitulation zu schanden gemacht. Die Besatzung war nach der Uebergabe noch im stande, 15 englische Meilen zu Fuß zu marschieren, und die Geschützen von ihren Leiden sind stark übertrieben."

Auch andere Berichterstatter englischer Zeitungen im Hauptquartiere des japanischen Generals Nogi melden, daß die Japaner ungeheure Vorräte an Munition, sowie von allen Sorten Kriegsmaterial in Port Arthur gefunden haben. Dieselben hätten genügt, um es der belagerten Garnison zu ermöglichen, noch ein ganzes Jahr auszuharren. Es wird übereinstimmend konstatiert, daß General Stößel keine dringende Veranlassung hatte, Port Arthur zu übergeben.

Bestätigen sich diese Meldungen, so ist seitens der russischen und russen-freundlichen Berichterstattung über die Kämpfe um Port Arthur gewaltig aufgeschnitten worden, und auch General Stößel hätte den Mund stets gewaltig voll genommen. Die Verleihung des preußischen Ordens Pour le mérite an diesen General würde dann gleichfalls in eigenartigem Lichte erscheinen.

Im übrigen würde die Bestätigung der Meldungen von der wenig ruhmvollen Kapitulation Port Arthurs nur ein neuer Beweis für die Korruption und Unfähigkeit der russischen Kriegsführung sei, obwohl wir von unserem Standpunkte damit zufrieden sein können, daß das Blutvergießen vor Port Arthur sein Ende gefunden hat.

Gewerkschaftliches.

In den Ausstand getreten sind sämtliche Arbeiter der Bandweberei und Färberei der Gebrüder Schwarz in Bocholt.

Ausland.

Rußland. 20000 Arbeiter der Putilowschen Eisenwerke bei Petersburg sind in den Ausstand getreten, weil die Direktion es ablehnte, die Forderung des Verbandes der russischen Arbeiter auf Wiedereinstellung der 4 wegen ihrer Zugehörigkeit zu diesem Verbande entlassenen Arbeiter und auf Entlassung eines mißliebigen Werkführers zu erfüllen.

Auch die Arbeiter der Newski-Werft sind in den Ausstand getreten, ebenso die Arbeiter der französisch-russischen mechanischen Fabriken. Die Lage ist ernst.

Oestreich. Die ausgesperrten Tischler Wiens erklärten sich in einer Versammlung zu Verhandlungen mit den Meistern auf der Basis des Neunstundentages bereit. — Die Demonstrationen vor den Werkstätten der Scharfmacher werden fortgesetzt.

Bei der letzten Auszahlung waren 1886 Personen gegen 1989 am vorhergehenden Sonnabend zu unterstützen.

Inzwischen haben nun auch die Budapester Tischlermeister eine Aussperrung inszeniert und in 19 Werkstätten ca. 600 bis 700 Gehilfen ausgesperrt. Die Budapester Tischlergehilfen haben keine Forderungen gestellt, sie standen mit keiner Firma in irgend einem Kampf, und die Aussperrung stellt sich lediglich als ein Kampf gegen bereits gemachte Errungenschaften in der Arbeitszeit dar. Die Meister wollen einheitlich den Elfstundentag durchführen, woburch den Gehilfen die bei vielen Firmen errungene neun-, neuneinhalb- und zehnstündige Arbeitszeit entrissen würde. Gleichzeitig mit dieser Vereinheitlichung der Arbeitszeit zum Nachteil der Gehilfen sollte eine neue Arbeitsordnung durchgeführt werden, die derartige Unzulässigkeiten enthält, daß sie abgelehnt werden mußte. Daraufhin erfolgte die Sperre.

Belgien. Differenzen in der Antwerpener Diamantindustrie. In der letzten Zeit sind in der Diamantindustrie Antwerpens wiederum verschiedene Differenzen entstanden, die dadurch hervorgerufen wurden, daß die Arbeitgeber mit Hilfe einer Streikbrecherorganisation an den Errungenschaften des letzten Streiks zu rütteln suchen. Besonders möchte man die neunstündige Arbeitszeit wieder abschaffen. Am Sonnabend ist auf mehreren Fabriken durch Anschlag angekündigt worden, daß vom Montag, den 16. Januar, an die Arbeitszeit wieder neuneinhalb Stunden oder zehn Stunden dauern sollte. Die Anordnung ist mit der Streikbrecherorganisation vereinbart worden. Nach den beim letzten Streik getroffenen Abmachungen kann jedoch eine Aenderung der Arbeitszeit, der Bestimmungen über die Löhne usw. nur mit dem Antwerpener Diamantarbeiter-Verband vereinbart werden. Der Verband wirkt denn auch eifrig dafür, daß der Vertrag in seinem ganzen Umfange aufrecht erhalten und jener Angriff abgeschlagen wird.

Versammlungsberichte.

Maler.

Die außerordentliche Versammlung am 10. Januar ehrte die verstorbenen Kollegen Reif und Schaf durch Erheben von den Plätzen. — Von den drei zur General-Versammlung in Hamburg aufgestellten Kandidaten wurde Kollege Amtage als Delegierter gewählt. — Bei der Statutenänderung fanden die vom Hauptvorstand gestellten Zusatzanträge zum größten Teil bei der Versammlung keine Zustimmung. Die Filiale Halle beantragt einen Zusatz zur Gemaßregelten- sowie zur Sterbeunterstützung. Die Fortsetzung der Statutenberatung wurde schließlich abgebrochen und bis zur nächsten Versammlung vertagt.

Den Provinzialtag am 9. April 1905 in Halle stattfinden zu lassen, wird von der Versammlung zugestimmt. Zu der bevorstehenden Gesellenausschußwahl wurde vom Vorstand eine Liste vorgeschlagen. Schluß der Versammlung ¾1 Uhr. H. F.

Steinsetzer.

Aufgenommen wurde Kollege Naumann, Kollege Wiese aus Düsseldorf wurde als Delegierter zum Gewerkschafts-Kongreß gewählt.

Die Jahresabrechnung gab Kollege August Müller. Sie ist von den Revisoren für richtig befunden worden. In längerer Debatte über die säumigen Mitglieder wurde der Vorstand ersucht, statutengemäß zu verfahren. Metz und Dähne-Ammendorf mußten gestrichen werden, denn sie waren länger als 10 Wochen im Rückstande.

Bei der Vorstandswahl wurde Otto Koch 1. Vorsitzender, Karl Ganzer 2. Vorsitzender, August Müller Kassierer, Robert Gräfe Schriftführer und Karl Müller Stellvertreter. Die ersten drei wurden wiedergewählt, die anderen zwei Mann neu, als Hilfskassierer wurden gewählt Karl Ganzer, Karl Müller, Gustav Teuscher und Franz Löwe.

Zur Arbeiterschutz-Kommission wurden die Kollegen Franz Ericht und Albert Becker wiedergewählt.

Das Verhalten der zur Zeit in Köthen arbeitenden Kollegen wurde scharf verurteilt, und es wurde beschlossen, daß alle vier Kollegen in der Fachzeitung mit Namensunterschrift die Erklärung abzugeben haben, daß sie in Zukunft so etwas nicht wieder machen wollen. Hoffentlich sind in Zukunft die Versammlungen besser besucht; denn Einigkeit macht stark. (Eingeg. den 17. Januar.) R. G.

Fachverein der Zimmerer.

In der Versammlung am 7. Januar referierte Genosse Stadtverordneter Krüger über die Forderungen der Gewerkschaften an die Stadtverwaltung. Er beleuchtete die Verhältnisse im allgemeinen, das Submissionswesen im besonderen und legte an der Hand von Zahlen klar, welcher große Unterschied öfters zwischen Höchst- und Niedrigstgebot besteht. Die Unterbietungen müssen natürlich die Arbeiter tragen, deren Löhne gekürzt werden. Um das zu vermeiden, soll bei Vergebung von Arbeiten die Bedingung mit aufgenommen werden, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen, welche die in Frage kommenden Gewerkschaften festgelegt haben, eingehalten werden müssen. In diesem Sinne sollte wiederum eine Petition an die Stadtverwaltung gesandt werden. Redner erntete für seinen interessanten ¾stündigen Vortrag reichen Beifall.

Die Abrechnung vom Weihnachtsvergnügen ergab eine Einnahme von 115.70 Mk., eine Ausgabe von 91.75 Mk., mithin einen Ueberschuß von 23.95 Mk. Derselbe wurde der Vereinskasse überwiesen. Davon sollen für die Bibliothek einige Bücher angeschafft werden. Es wird noch gebeten, sich an der am 21. Januar stattfindenden General-Versammlung recht rege zu beteiligen. 11½ Uhr erfolgte Schluß der schwach besuchten Versammlung. F. B.

Gewerkschaftskartell Eilenburg.

In der Sitzung am 6. Jan. wurde Plätzsch als Vorsitzender, Boiold als Kassierer und Böner als Schriftführer gewählt. Als Revisoren wurden Adolf Fritzsche und Busse gewählt. Die Herbergskommission besteht aus Hornig, Heinemann und Hempel. Zur Wahl der Beschwerdekommission beantragt Böner, die Arbeiten der Arbeiterschutzkommission dem Auskunftsbureau zu übertragen. Das wurde angenommen. Für die ausgesperrten Tabakarbeiter in Halberstadt sollen nicht eher Sammellisten verausgabt werden, bis die Generalkommission sich selbst an die Kartelle wendet. Ueber ein Schreiben vom Dürrebund in Dresden betreffs einer Schillerfeier wurde weggegangen. Von Mühlhausen ist die Anregung ergangen, eine Kommission zu wählen zur Beseitigung des Kost- und Logiswesens bei Arbeitgebern. Die Beseitigung wurde für notwendig gehalten, doch von der Wahl einer besonderen Kommission abgesehen und die Angelegenheit der Geschäftskommission übertragen. Heinemann erstattete Bericht über die Herbergsfrage. Die Betten sind in besseren Zustand versetzt worden. Die Frage, ob die zwei im Auskunftsbureau tätigen Genossen nach dem neuen Regulativ noch im Kartell zulässig sind, wurde der Geschäftskommission übertragen. Ueber die Stellung zur Gründung der christlichen Gewerkschaften soll eine Gewerkschafts-Versammlung so bald als möglich stattfinden. Genosse Vogt teilt mit, daß 7 Etuiarbeiter gemaßregelt worden sind, 3 Mann von der Firma Sieg, 4 Mann von der Firma Schulz. Die Firma Sieg wolle nur noch 1 Stunde täglich arbeiten lassen. Noch wird der Geschäftskommission ans Herz gelegt, alles zu tun, die Arbeiter immer mehr aufzuklären. Getadelt wird, daß die Schloßfabrik die Frühstück- und Vesperpausen ausfallen läßt.

Der Vorsitzende ersucht zum Schluß die neuen Delegierten, die Sitzungen regelmäßig zu besuchen. Schluß 12 Uhr. (Eingeg. am 13. ds.) K. H.

Verantwortlicher Redakteur: A. Weißmann in Halle.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Genossen! Werbt neue Abonnenten!

In unserem **Inventur-Ausverkauf** befinden sich

Seidenstoffe in schwarz, weiss und farbig, für Kleider, Blusen und Besätze, bewährte, gute Qualitäten.

Sammete glatt und gemustert, in reichhaltigster Auswahl für Kleider, Blusen und Besätze.

Preise fabelhaft billig!

Brummer & Benjamin

22/23 Grosse Ulrichstrasse 22/23.

§11 Dessauerst. 4 §11

Morgen Freitag den 20. Januar 1905

gr. Schlachtefest.

Hierzu ladet ergebenst ein

Joh. Jänicke u. Frau.

Zeitz.

Restaurant Lösch'n Durst,

Naumburgerstraße.

Sonntag den 22. Jan. vorm. 11 Uhr

Gesangs-Frühschoppen,

ausgeführt von einem sehr beliebten hiesigen Gesangverein, wozu ergebenst einladet

B. Wilkerling.

Kretzschau.

Sonnabend den 21. und Sonntag den 22. Januar

Bockbierfest,

wozu ergeb. einl. **Franz Nucke.**

Fr. Pfannkuch. ff. Sauerbraten.

Barbiergehilfen sucht

Paul Böttcher, Triftstr. 2.

1 Billard mit Zubehör und ein Pianino, passend für Restaurateure oder Anfänger, sehr billig zu verkaufen

Geiststraße 25.

Kaufe stets

Warenschränke, Kastenregale, Ladentische, ganze Nachlasse von Möbeln, Pianinos, Geldschränke usw.

Friedrich Peilcke, Halle a. S., Geiststraße 25. Telephon 2450.

NB. Kaufe auch stets ganze Lager neuer Möbel.

Heute Donnerstag **Schlachtefest.** Frz. Kanf, Rannische Straße 11.

Freitag **Schlachtefest.**

Franz Heilmann, Zeitz, Nikolaistr. 6.

Freitag **Schlachtefest.**

H. Theile, Zeitz, Schützenstraße.

Freitag: **Frische Wurst u. Bratwurst**

F. Bermich, Zeitz, Mittelstr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219050120-15/fragment/page=0003

Oeffentliche Versammlung
Merseburg

der Abonnenten des Volksblattes
Sonntag den 22. Januar
nachm. 3 Uhr in der Funkenburg.
Tagesordnung:
Die Expedientenfrage.
Um pünktliches Erscheinen ersucht
Die Presskommission
des Volksblattes, Halle a. S.

Inventur-Ausverkauf.

Haushaltwaren, Luxuswaren, Lederwaren, Glas, Porzellan, Spiele, Bilder, Rahmen.

☞ Die Preise sind ganz bedeutend ermäßigt. ☜

Nicht wiederkehrende günstige Gelegenheit! Nur kurze Zeit!

C. F. Ritter, Leipzigerstr. 90.

Trotz der enorm billigen Preise
Rabattmarken.

Teuchern!

Sonntag den 22. Januar abends 7½ Uhr findet im **„Gasthof zum grünen Baum"** eine

öffentliche Bergarbeiter-Versammlung

statt.
Tagesordnung:
1. **„Der Streik im Ruhrrevier."** Ref.: Bezirksleiter **Nic. Dölle**, Zeitz. 2. Diskussion.
Der Einberufer.

Achtung! Achtung!

Sonntag den 22. Januar nachmittags 3 Uhr

Gr. öffentl. Bergarbeiter-Versammlung

in **Gaumnitz.**

Tagesordnung: **Der Streik im Ruhrrevier.** Referent **wird** in der Versammlung bekannt gegeben. – Einem zahlreichen Besuche **von** Streckau, Trebnitz und Umgegend sieht entgegen **Der Vertrauensmann.**
Zur Deckung der Tageskosten pro Person 10 Pfg. Eintritt.

Achtung! Weissenfels. Achtung!

Freitag den 20. Januar abends 8 Uhr in Schumanns Garten

Große öffentl. Schuhmacher-Versammlung.

Tagesordnung: **Beschlußfassung über die Einreichung des Lohntarifs an die Herren Schuhfabrikanten.**
Alle Arbeiter und Arbeiterinnen müssen vollzählig in dieser Versammlung erscheinen.
Die Tarifkommission.

Achtung! Achtung!

Brauereiarbeiter.

Sonntag den 22. Januar vormittags 11½ Uhr im Weißen Roß, Geiststraße

öffentl. Versammlung.

Tagesordnung:
Wahl der Arbeitnehmer-Beisitzer und Stellvertreter zum Einigungsamt.

Die Brauereien sind laut vorjährigem Beschluß gehalten, ihren Arbeitnehmern als Legitimation eine Karte mit Stempel und Namen zu übergeben. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Die Arbeiterbeisitzer im Einigungsamte für das Brauereigewerbe.

Laut Beschluß der Versammlung vom 8. Januar wird die letzte Tagesordnung: „Die Arbeiter und ihre Gegner" fortgesetzt.
Ersuche deshalb die Kollegen, alle Mann für Mann zu erscheinen und die Indifferenten und Bundesgesellen einzuladen.

Der Einberufer.

Radfahrerverein „Stern" Burg-Radewell und Umg.

Sonntag den 22. Januar im „Burgschlößchen"

Grosser Lumpenball

Prämiierung des originellsten Lumpen.

Anfang 7 Uhr. **Der Vorstand.**

Fabrikarbeiter-Verband Wittenberg.

Sonnabend den 21. Januar findet unser diesjähriger

Maskenball

im **„Kronprinz"-Kleinwittenberg,** statt.
Maskengarderobe von Sonnabend nachm. ab **im Lokal. Gesichtsmasken** sind schon jetzt bei den Bevollmächtigten und bei **Karl Kiehle,** Coswigerstraße 18, zu Einkaufspreisen zu haben. Kollegen können Einladungskarten bei den Bevollmächtigten u. Kommissionen in Empfang nehmen.
Zutritt nur gegen Vorzeigung der Einladung. **Das Komitee.**

Stadt-Theater Halle a. S.

Direktion: **M. Richards.**
Freitag den 20. Januar 1905:
124. Abonnem.-Vorst. 4. Viertel.
Beamtenkarten giltig.
Novität! Zum letzten Male: Novität!
Die Siebzehnjährigen.
Schauspiel in 4 Aufzügen von Max Dreyer.

Sonnabend den 21. Jan. 1905:
125. Abonn.-Vorst. 1. Viertel.
Beamtenkarten giltig.
8. und letzte Vorstellung im Göthe-Zyklus.
Faust's Tod.
Aus der Tragödie zweitem Teil von J. W. von Göthe.
Schülerkarten an der Abendkasse.

Neues Theater, Halle a. S.

Direktion **E. M. Mauthner.**
Freitag den 20. Januar. Anfang 8⁵:
Z. 26. Male: **Traumulus.**
Sonnabend: **Ein toller Einfall.**

Walhalla-Theater.

Inhaber: **Otto Herrmann.**
Ab heute:
Neu! Neu!
La Berat,
Wundergrotten-Tänzerin.
Die weiblichen Rastelbinder
Damen-Gesangs-Ensemble.
Otto Richard,
Humorist.
The Tups,
amerikanische Exzentriks.
Lotte Mende,
Vortrags-Soubrette.
The 3 Newsomes,
equilibristischer Akt.
Les Ciottis,
neuester Sportakt.
Claire Hegel,
Soubrette.
Messters Biophon
Die neueste Erfindung der Gegenwart.
Les Montecinos,
akrobatisches Tanz-Potpourri.
Jules Greenbaum.
Deutsche Bioscop-Comp.
u. s. w.
Trotz des großen Programms
Saalplatz 50 Pf.
Vom Neuesten stets das Neueste.

Günstige Kauf-Gelegenheit!

Ganze Wirtschaft, bestehend aus: 1 Vertikow, nußb., 1 Kleiderschrank, 1 Sofa, 1 Spiegel, 4 Rohrstühle, 1 Bettstelle, 1 Küchenschrank, zusammen für 160 Mk.
Ferner stets große Auswahl in Plüsch-Sofas, Garnituren, Trumeauxspiegel, kompl. Schlafzimmer-, Speisezimmer- und Salon-Einrichtungen, alles sehr preiswert. **Friedrich Peileke, Geiststraße 25.**

Fachverein d. Zimmerer von Halle u. Umg.

Sonnabend den 21. Januar 1905 im Saale des „Weißen Roß" abends 8½ Uhr

General-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Kassenbericht vom IV. Quartal 1904.
2. Jahresbericht des Vorstandes und der Kommissionen.
3. Neuwahl des Vorstandes und der Kommissionen.
4. Anträge des Vorstandes und der Kommission.
5. **Der Generalstreik der Bergarbeiter im Ruhrrevier.**
6. Vereinsangelegenheiten.

Die Mitglieder werden ersucht, **vollzählig zu erscheinen.** In Anbetracht der reichhaltigen Tagesordnung wird die Versammlung **pünktlich eröffnet.**
Der Vorstand.

Zeitz Gesangverein Liederhalle Zeitz

gemischter Chor.

Zu unserem am **Sonnabend den 21. Januar 1905 im Saale des „Preußischen Hofes"** stattfindenden

Grossen Maskenball

erlauben wir uns Freunde und Genossen ergebenst einzuladen.

W. Schulze. **Der Vorstand.**
Anfang 7 Uhr. **Demaskierung ½10 Uhr.**

Nach der Demaskierung: **Effektvolle Aufführung aus der Oper „Preziosa", Die Zigeunerin,** in 3 Aufzügen.
1. **„Ein Morgen im Zigeunerlager",** Chorlied m. Orchesterbegleitung.
2. **„Festgesang der Esmeralda".**
3. **„Das Nachtlager von Granada",** Chorlied mit Orchesterbegleit.

Doppeltes Orchester. ☜ ☞ **Doppeltes Orchester.**

Einlasskarten à 25 Pfg. im Vorverkauf sind zu haben: **Eiferts Restaurant,** Braustraße; **Paul Lämmer,** Barbier, Kaiser-Wilhelmstraße; **Hugo Münch,** Buchhandlung, Kalkstraße, sowie bei sämtlichen Mitgliedern.

Zeitz. Preussischer Hof. Zeitz.

☞ **Sonntag den 29. Januar** ☜
findet im Saale des **„Preußischen Hofes"** ein

Gesangs-Kommers

des **Ostthüringer-Arbeiter-Sängerbundes** statt, woran sich auch hiesige Gesangvereine beteiligen. Die Gesangsaufführungen bestehen aus Einzelgesängen **der** Vereine sowie Massenchören. **Anfang punkt ½4 Uhr nachm.**

Nach Beendigung der Aufführungen findet **Ball** statt.
Es laden ergebenst ein
Wilhelm Schulze, Gastwirt. **Der Ausschuss d. Zeitzer Gesangvereine.**

Apollo-Theater.

Direktion: **Gustav Poller.**
Nur kurze Zeit!
Captain M. Rudolf
mit seiner **weltberühmten Dressur** von
Elefanten, Pferden und Hunden.
Einzig in solcher Vollendung existierend!
☞ **Captain Rudolf** hatte die **hohe Ehre, vor vielen Fürstlichkeiten** auftreten zu dürfen und wurde für seine **außergewöhnlichen Leistungen** mit den **höchsten Auszeichnungen** geehrt.
Außerdem: Das übrige
Pracht-Monstre-Programm.

Freitag Schlachtefest.
G. Gerig, Rosenstr. 2.

Freitag
Schlachte-Fest.
J. Banse,
Advokatenweg 30.

Freitag
Schlachtefest.
Fr. Peters
Blumenthalstraße 27.

Freitag
Schlachtefest.
Wilhelm Pöttger
Keßnerstr. 10a.

Freitag
Schlachtefest.
B. Schernitz
Martinstraße 8.

Freitag **Schlachte-Fest.**
K. Kämpfe, Zeitz, Kaiser Wilhelmstr. 26.

Meinen werten Freunden und Bekannten teile hierdurch ergebenst mit, daß ich das Restaurant
☞ **Thüringer Hof** ☜
Ecke Reil- u. Adolfstr., übernommen habe.
Sonnabend den 21. Januar
☞ **Schlachtefest.**
Früh Wellfleisch. Abends div. Wurst.
Hierzu ladet freundlichst ein
Friedrich Wiegmann.

Ladeneinrichtungen.
Kastenregale, **Warenschränke,** Fachregale, Ladentische mit u. ohne Marmorplatten von 1,50 Meter bis 6 Meter lang, 1 Kastenregal mit 145 Kasten, 5 Meter lang, Kaffeebrenner, Standwagen, alles billig.
Friedrich Peileke, Geiststr. 25.
☞ Telephon 2450. ☜

Hausarbeiterinnen
für **Papierwaren suchen**
Heilbrun & Pinner, Geiststr. 22.

Eilenburg.
Allgemeiner Arbeiterverein.

Sonnabend den 21. Januar abends 8½ Uhr
☞ **Versammlung.**
Der Vorstand.

Gasthof Drei Könige
Kleine Klausstrasse 7.

Schachklub.

Freitag den 20. Januar
1. Spielabend.
Schachspieler werden hierzu eingeladen. **Der Vorstand.**

Gasthof Luckenau.

Sonntag den 22. Januar
Ball
d. **Arb.-Gesangvereins Sängerlust Luckenau,**
wozu mit Speisen und Getränken bestens aufwartet **Reinh. Herzog.**

Bergschlösschen, Theissen!

Sonnabend, Sonntag und Montag den 21., 22. u. 23. Jan.
Bockbierfest,
verbunden mit musikalischen und komischen Vorträgen mit neuem Programm.
ff. Bockwürste und verschiedenes andere. Mützen gratis.
Ergebenst ladet ein
Franz Rauch.

Masken ☜

für Damen und Herren
zu verleihen. **Frau Semmler, Böckstraße 61.**

Habe mich in Dieskau als Hebamme niedergelassen.
Fr. Teichmann,
Hebamme.

Jakobstr. 44, kl. Wohn. 1. April, einzelne Stube sofort zu vermieten.

Getrag. Militärschuhe für Knaben in jed. Gr. z. verk. Hennicke, Kl. Ulrichst. 16.

Makulatur
verkauft
Volksblatt-Druckerei.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219050120-15/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 17. Halle a. S., Freitag den 20. Januar 1905. 16. Jahrg.

An die Parteigenossen des Wahlkreises Sangerhausen-Eckartsberga.

Besondere Umstände machen es erforderlich, eine

Kreiskonferenz

einzuberufen. Diese findet

Sonntag, den 22. Januar,

nachmittags 2½ Uhr in Sangerhausen in der Schweizerhütte mit folgender Tagesordnung statt:

1. Die Reichstagskandidatur unseres Kreises.
2. Die Organisation des Kreises und des Bezirkes.
3. Die Gemeindevertreter-Konferenz.
4. Anträge und Verschiedenes.

Zur recht zahlreichem Besuch werden die Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins aus allen Orten des Kreises hiermit eingeladen.

Der Vertrauensmann.
H. Kinscher.

Deutscher Reichstag.

121. Sitzung. Mittwoch, den 18. Januar 1905, 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Präsident des Reichseisenbahnamtes Schulz.

Auf Antrag der Geschäftsordnungskommission wird die Strafverfolgung gegen die Abgg. Scheidemann (Soz.), Gerstenberger (Zentr.), Schmidt-Frankfurt (Soz.) und Dreesbach (Soz.) eingestellt.

Die zweite Lesung des Etats wird fortgesetzt beim

Reichseisenbahnamt.

Abg. **Erzberger** (Zentr.) bittet um Auskunft über die Heidelberger Konferenz, betreffend eine deutsche Betriebsmittelgemeinschaft, die er im Interesse der württembergischen Eisenbahnen wünscht. Er spricht über die Statistik des Reichseisenbahnamtes seine Anerkennung aus, wünscht aber, daß künftig dort die Arbeiter mehr berücksichtigt werden. Denn nicht die Lokomotiven sondern die menschlichen Arbeitskräfte sind doch das Wichtigste. (Beifall beim Zentrum.)

Abg Dr. **Hieber** (natl.) tritt auch für die Betriebsmittelgemeinschaft ein und bezeichnet die Vereinfachung, Verbilligung und Beschleunigung des Eisenbahnverkehrs als eine wichtige nationale Angelegenheit. Die Herbeiführung eines einheitlichen Eisenbahnnetzes wäre der größte Schritt seit Gründung des Reiches. (Lebh. Beifall.)

Präsident des Reichseisenbahnamtes **Schulz** geht auf die Vorgeschichte der Heidelberger Konferenz ein und verspricht, in Zukunft in den Statistiken die Arbeitsverhältnisse besser zu berücksichtigen. Die Petition um einen Reichszuschuß von 50 Millionen Mark für die Bahn über den Fernpaß könne er nicht billigen.

Abg. **Reißhaus** (Soz.): Wir verlangen entschieden eine Auskunft darüber, ob nun endlich eine Reform der Personen- und Gütertarife beabsichtigt ist. Der kleine Fortschritt, den die Einführung der 45tägigen Rückfahrtkarten bedeutet, ist wieder mit einem Rückschritt auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung, mit der Beseitigung der Sonntagskarten, bezahlt worden. Dringend notwendig ist die Einführung von Nichtraucherabteilungen in den Wagen vierter Klasse, die es gerade ist, die der Eisenbahn die großen Ueberschüsse liefert. — Die an sich lobenswerte Vorschrift „Nicht spucken!" verfehlt ihren Zweck, wenn keine Spucknäpfe aufgestellt werden. Kann man sie in den D-Zügen anbringen, so kann man sie auch in allen anderen Zügen aufstellen. Dringend notwendig ist der Ausbau des Eisenbahnnetzes im Meininger Oberlande, sowie die Abstellung der geradezu skandalösen Mißstände, die auf dem Bahnhof Sonneberg herrschen. — Die Hauptaufgabe der Eisenbahnen ist, dem Verkehrsbedürfnisse der Bevölkerung zu dienen, nicht hohe Ueberschüsse zu erzielen. (Beifall b. d. S.)

Präsident des Reichseisenbahnamtes **Schulz**: Für den Bahnhof in Sonneberg ist ein Kapital von 2 740 000 Mk. in Aussicht genommen worden. — Von einer Vernachlässigung des Meininger Oberlandes kann nicht die Rede sein. Die Fertigstellung der Linie Sonneberg-Eisfeld ist binnen kurzem zu erwarten.

Abg. Dr. **Pachnicke** (Frs. Vgg.): Besser als die Einführung von Nichtraucher-Abteilungen in der vierten Wagenklasse ist die längst als notwendig erkannte Abschaffung dieser Klasse. (Zust. links.) Die kleineren Staaten, Mecklenburg z. B., haben begreiflicherweise ein starkes Bedürfnis der Anlehnung an die preußisch-hessische Eisenbahngemeinschaft. — Dringend notwendig ist die Herabsetzung der Tarife — die freilich ihre unterste Grenze in den Selbstkosten findet — und die Normierung eines einheitlichen Personentarifs, der etwa der Hälfte des heutigen Preises der Rückfahrtkarten entspricht. Die Rückfahrtkarten werden sich kaum aufrecht erhalten lassen. — Notwendig ist auch eine durchgreifende Reform der Gütertarife im Sinne der Herabsetzung. Der heutige Normaltarif ist übrigens von je viel Ausnahmen durchlöchert, daß er mehr Ausnahme als Norm ist; 60 Proz. der Güter fahren mit Vorzugstarifen. Die Furcht vor Einnahme-Ausfällen ist überflüssig; noch immer war eine Verkehrssteigerung mit Mehreinnahmen die Folge von Tarifherabsetzungen. — Die hohe Rente der Eisenbahnen darf nicht zu einer Verkehrssteuer ausarten. (Beifall b. d. Freis.)

Abg. **Werner** (Antis.) klagt über die Ohnmacht des Reichseisenbahnamts und befürwortet die Betriebsmittelgemeinschaft.

Abg. Dr. **Wolff** (Wirtsch. Vgg.) befürwortet ebenfalls die Betriebsmittelgemeinschaft. Das Mißtrauen, das sonst in Württemberg gegen die Preußen aebersicht habe, sei im Abnehmen begriffen, denn: Wenn das Geld im Kasten klingt — Der Schwab' in die Gemeinschaft springt. (Heiterkeit.)

Abg. **Storz** (Südd. Vp.): Auch wir begrüßen die Betriebsmittelgemeinschaft, aber wir können sie nicht als Allheilmittel betrachten. Württemberg hat sehr unter dem System der Umleitungen zu leiden, über das ja im Vorjahre nicht weniger als fünf württembergische Redner Klage geführt haben. Die Verabredung, daß Umleitungen nur bis zu 20 Proz. stattfinden sollten, ist einfach nicht eingehalten worden. Das System der Vorzugstarife hat u. a. dazu geführt, daß die Schweiz die Ruhrkohle billiger erhält, als Württemberg. (Hört, hört! links.) Erst wenn der Reichstag einen vollgültigen Einfluß auf die Tarife hat, wird die fiskalische Tarifpolitik ein Ende finden. (Beifall links.)

Abg. Dr. **Pichler** (Zentr.) bedauert, daß die württembergischen Abgeordneten, mit der Betriebsmittel-Gemeinschaft nicht zufrieden, eine Betriebsgemeinschaft verlangt haben. Umleitungen sind auch an der bayrisch-badischen Grenze vorgekommen. — Das Leerfahren der Güterwagen wird sich nie ganz vermeiden lassen. Die Herabsetzung der Gütertarife hat keine großen Gefahren. Hoffentlich wird der Reichstag hierfür nie zuständig werden: sonst erleben wir, daß sich hier die verschiedenen Interessen der verschiedenen Gegenden Deutschlands in den Haaren liegen werden. (Beifall im Zentrum.) — Redner spricht sich gegen die Einführung der vierten Wagenklasse in Bayern aus.

Abg. **v. Gerlach** (Frs. Vgg.) freut sich über die Gegnerschaft des Vorredners gegen die vierte Wagenklasse. Süddeutschland ist glücklicherweise ein Bollwerk gegen die allgemeine Einführung dieser unwürdigen Einrichtung. (Widerspruch rechts.) Sie (zu den Kons.) kennen ja die vierte Klasse nicht; höchstens haben Sie sie einmal als Korybruder benutzt, wenn Ihnen das Geld ausging. (Heiterkeit.) Ich habe die vierte Klasse in den letzten zehn Jahren wohl hundertmal benutzt — zu Studienzwecken, und muß auf Grund dieser Erfahrungen die Zustände in dieser Klasse für unwürdig erklären. Ein besonders arger Mißstand ist die Ueberfüllung; bisweilen müssen an heißen Sommertagen zwei Drittel der Passagiere in grauenhafter Enge und noch grauenhafterer Temperatur stehen. Dabei ist die zweite Klasse meist absolut leer. Das zeigt, wie man in Preußen glaubt, die unteren Klassen behandeln zu können. (Sehr richtig! links.) Süddeutschland ist glücklich zu preisen, daß es die vierte Klasse nicht benützt. — Die Betriebsmittelgemeinschaft ist als nationaler Fortschritt zu begrüßen. (Beifall links.)

Abg. **Storz** (Südd. Vp.) schließt sich in der Beurteilung der vierten Klasse dem Vorredner an, erklärt aber, immerhin noch lieber die Direktiven in Eisenbahnsachen von Berlin als von München zu empfangen.

Abg. Dr. **David** (Soz.): Ich glaube, der Zweck der Betriebsmittelgemeinschaft ist die Stärkung des preußischen Einflusses im süddeutschen Eisenbahnwesen. Es wäre besser gewesen, wenn eine süddeutsche Eisenbahngemeinschaft zu stande gekommen wäre, die alle Tarifstörichkrite konsolidiert hätte, die einzelne süddeutsche Staaten gemacht haben. Um die preußische Oberhoheit zu schwächen, wird nur der Ueberaang zur Reichseisenbahn übrig bleiben. — Preußen ist ein Bollwerk der Rückständigkeit! (Sehr richtig! links.) Es ist eine Ungerechtigkeit, daß Unbemittelte sich mit einer Fahrgelegenheit in der jetzigen vierten Klasse begnügen müssen. — Warum schließt man übrigens die vierte Klasse aus den Schnellzügen aus? — Diese Ungerechtigkeiten wirken um so empfindlicher, als die Reisenden der dritten und vierten Klasse zur Unterhaltung der ersten und zweiten Wagenklasse, die allein ihre Kosten nicht decken, beitragen müssen. Diese Klassenverhältnisse bieten ein gutes Bild unseres wirtschaftlichen Klassenwesens. (Sehr richtig! bei den Soz.) Das dem preußischen Geist entsprungene Marterinstrument der vierten Klasse soll nun gewaltsam auch in Süddeutschland eingeführt werden. Die Einrichtung von Bänken für alle Passagiere, sowie von Aborts muß, namentlich im Interesse von Kranken, dringend gefordert werden. Wenn Preußen wirklich einmal die vierte Klasse abschaffen sollte, so würde das sicherlich so gemacht werden, wie es jetzt Sonntags in Sachsen ist: Es werden nur Karten für die dritte Klasse verkauft, und an die vierte Klasse ein Schild mit der Aufschrift „dritte Klasse" gehängt! (Heiterkeit.) Auch das ist echt sächsisch! (Sehr gut! b. d. S.) — Die Einführung der Betriebsmittelgemeinschaft wird Süddeutschland die preußische Oberhoheit noch mehr, noch empfindlicher fühlen lassen, und hoffentlich die Einrichtung einer Reichseisenbahngemeinschaft befördern. (Beifall bei den Soz.)

Abg. **Schrader** (Frs. Vgg.): Die Aenderung der Tarife ist nur möglich, wenn Preußen will; und Preußen will nicht, im Interesse der Finanzen. — Ich kenne die Süddeutschen genug, um alles andere eher für möglich zu halten, als die Betriebsmittelgemeinschaft! Da die Eisenbahnen unter einzelstaatlicher Verwaltung stehen, so hat der Reichstag leider zu wenig Kompetenzen. — Wir wissen jetzt, daß wir von den Eisenbahnen wohl Einkünfte, aber nicht Berücksichtigung der allgemeinen Verkehrsinteressen verlangen dürfen! (Beifall links.)

Abg. **Pauli**-Oberbarnim (Rp.): Ich bin neulich auch vierter Klasse gefahren (Bravo! und Heiterkeit), und habe mich sehr wohl gefühlt. Ueberfüllung finden Sie auch in der zweiten Klasse! Ich war einmal mit 20 Personen in einem Abteil! — Das muß ich sagen: nirgends ist das Publikum freundlicher als in der vierten Klasse! (Lebh. Zust. und Zuruf: Das haben wir ja immer gesagt! — links.) Die vierte Klasse möchte ich nur missen, wenn dieselben Preise auf die dritte Klasse übertragen werden. So schlimm, meine Herren Süddeutschen, wie Sie schildern, ist die vierte Klasse nicht! (Lebh. Beifall rechts.)

Abg. Graf **Limburg-Stirum** (kons.) erkennt nicht an, daß eine Verbilligung der Tarife dringend notwendig sei. Die Eisenbahn-Einnahmen werden auf die für das Publikum am wenigsten empfindliche Weise erzielt. (Bravo! rechts.)

Abg. **Gothein** (Frs. Vgg.): So lange der Staat die Privatbahnen nicht verstaatlicht hat, war er ausschließlich Aufsichtsinstanz; jetzt ist er Unternehmer und Aufsichtsinstanz zugleich, und das ergibt naturgemäß einen Konflikt zwischen fiskalischen und sozialpolitischen Interessen. — Redner polemisiert gegen den Abg. Graf Limburg-Stirum und betont die Notwendigkeit der Tarifreformen. (Bravo! links.)

Abg. **v. Gerlach** (Frs. Vgg.): Herr Pauli betont, daß das Publikum der vierten Klasse viel menschenfreundlicher sei, als das der anderen Klassen — was wir nie bestritten haben — und verlangt deshalb, daß es menschenunfreundlicher behandelt wird. (Heiterkeit links.) Die Herren, die sich so für die vierte Klasse begeistern, sollten erst einmal einen Kursus in ihrer Benutzung durchmachen; die vierte Klasse würde bei dieser Prüfung glänzend durchs Examen fallen.

Abg. Dr. **David** (Soz.): Natürlich ist Graf Limburg-Stirum gegen die Tarifermäßigung. Er ist überhaupt ein Gegner des Reisens, wenigstens soweit es das „niedere Volk" betrifft, das der liebe Gott zum Dienen auf das Land gesetzt hat. Wenn Herr Pauli so sehr für die vierte Klasse schwärmt, so wundere ich mich, daß er sie nicht benutzt. Wenn für die dritte Klasse die hohen Preise bleiben, nützt die Abschaffung der vierten Klasse den Arbeitern nichts. Das Publikum der vierten Klasse besteht meist aus Sozialdemokraten. Es ist also nicht zu verwundern, daß es sehr liebenswürdige Leute sind. (Lachen links. Zust. b. d. S.)

Abg. Graf **Limburg-Stirum** (kons.) gibt eine Geschichte der vierten Klasse zum besten.

Abg. Dr. **Müller**-Sagan (Frs. Vp.): Der Vorortverkehr beweist daß die vierte Klasse sehr wohl abgeschafft werden kann, selbstverständlich unter Verbilligung der dritten Klasse. Das Wort von der Eisenbahn-Vagabundage ist heute nicht gefallen; aber der Gedanke spukt auf der Rechten weiter. Abg. Pauli behauptet, daß die vierte Klasse sehr bequem sei; er ist eben anders als andere Leute, er ist auch der einzige, dem das Essen im Reichstage gelegentlich hat. (Große Heiterkeit.) Seine Zufriedenheit wird dem Publikum der vierten Klasse als bitterer Hohn erscheinen. (Sehr wahr! links.)

Abg. **Held** (natl.) ist nicht gegen Verbesserung der vierten Klasse, hält ihre Aufrechterhaltung aber für die mit Produkten nach der Stadt fahrenden Bauern und Handwerker für unentbehrlich. (Zuruf links: Süddeutsche!)

Abg. **Pauli** (kons.) bestreitet, sich gegen Verbesserung der vierten Klasse ausgesprochen zu haben. Man müsse die Bequemlichkeit der dritten Klasse mit der Billigkeit der vierten vereinigen. Nur weil der Abg. Dr. David gesagt hat, in der vierten Klasse würden Kinder gestoßen, habe ich die Rücksichtnahme der Arbeiter auf der Reise vorgebracht. In der zweiten Klasse würde kein Passagier einen Fuß breit wegrücken. (Hört, hört! bei den Soz.)

Hierauf wird der Etat des Reichseisenbahnamtes genehmigt. Ebenso ohne Debatte der Etat des Rechnungshofes. Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. Post-Etat.

Schluß 5¼ Uhr.

Die Heilbehandlung Trunksüchtiger.

Im hiesigen Trinkerheilstätten-Verein sprach am Montag in interessantem Vortrag Herr Prof. Cramer aus Göttingen über obiges Thema. Er führte etwa folgendes aus: Wenn von einer Heilbehandlung gesprochen werde, so müsse auch eine Krankheit vorliegen. Bei Abfassung des Bürgerlichen Gesetzbuches habe man der Trunksucht große Sorgfalt gewidmet; durch die betreffenden Bestimmungen sei gesetzlich festgestellt, daß sie eine Krankheit sei. Sie äußere sich durch den Mangel an Widerstandsfähigkeit; der freie Wille, sich zu beherrschen, ginge mehr und mehr verloren und ende mit dem Zwange: trinken zu müssen. Die Unfähigkeit, Widerstand entgegenzusetzen, beruhe in der Hauptsache auf ererbten und erworbenen Ursachen; gelegentlicher Genuß ruft diese Erscheinung nicht hervor. Wo man die Merkmale der Degeneration (Entartung) wahrnehme, könne man fast immer darauf schließen, daß die Ahnen seit Jahrhunderten zum weitverzweigten Stammbaum der Trinker gehörten. Doch auch nach schweren Krankheiten wie: Typhus, Lungenentzündung, durch Erschütterung des Nervensystems, durch einen Schlag, durch schwere Strapazen, wie sie Feldzüge mit sich bringen, durch die Widrigkeit sozialer Verhältnisse und die daraus bedingten Sorgen, die manchen im Leben hart mitnehmen, resultiere der individuelle Mangel: Widerstand gegen den Zwang des Alkohols entgegenzusetzen.

Unser heutiges gesellschaftliches Leben mit seiner steten Gelegenheit zum Trinken, den vielen Kneipen, wirke selbst auf die stärkste Energie eingelner, breche bei diesen die Widerstandsfähigkeit und werde zum Zwange. Nicht bei jedem, denn — obwohl die Studenten der ersten Semester mehr als ihnen gut sei — tränken, würden sie später in Amt und Würden solide Leute und ebenso selten Trinker als wie auch die geistig angestrengten Parlamentarier. Besonders viele Opfer fordere: der Früh- und der Dämmerungsschoppen der Biedermänner, die vielen Sitzungen vielfältiger Aufsichtsrats-Mitglieder, die Bemühungen mancher Leute um die Hebung des Fremdenverkehrs und der Beruf der Kaffenboten, bei denen die Regalierung mit geistigen Getränken von der ursprünglichen Freude zur Gewohnheit, zum Zwang werde.

Es gibt kein individuelles Maß des Genusses! Wer am andern Tage nur das leiseste Unbehagen verspürt und dennoch daraus nicht die Lehre zieht: „reuetzeitig aufzuhören" — der laufe bei öfterer Wiederholung der akuten Alkohol-Vergiftung (Katzenjammer) Gefahr: der Trunksucht zu verfallen. Körperlich zeigt sich die Trunksucht durch folgende Symptome an: Zittern der Hände, die im senkrechten Aufstand bei gespreizten Fingern das so charakteristische Knarren hören lassen, durch verwaschene Sprache, Erbrechen, mangelhafte Funktionen der Nieren und des Darmes.

Die Trunksucht zerstört die ethischen Vorstellungen, läßt allmählich das Bewußtsein für Verantwortung und Pflichten verkümmern. Widerstehe den Anfängen! Schon ein Schoppen lähmt die Energie eines vor dem Examen stehenden Studenten. Bleibt er im Kampf um den Durst nicht Sieger, widerstehe er nicht dem Verlangen nach dem nächsten Schoppen, so steht es schlecht um ihn. Die wohlwollende Manier, die Gemütsruhe eines im Kreise seiner Kneipfreunde sich nicht mehr aufregenden Trinkers ist das sichere Zeichen des Zerfalls der Energie.

Zu Hause, wo das lähmende Bindemittel, der Alkohol, die feuchtfröhlichen Freunde fehlen, tritt an Stelle der sonstigen Gemütsruhe eine hohe Reizbarkeit, der leiseste Vorwurf der Frau reizt den Trinker zu häuslichen — oft gewalttätigen — Szenen. Ein inniges Familienleben kann unter solchen Umständen nicht aufkommen. Durch den Mangel an ethischen Vorstellungen verdirbt sein Charakter. Da beim Trunksüchtigen die hemmenden Vorstellungen: Verantwortungs- und Pflichtgefühl eingeschläfert sind, so hat er das eifrigste Bestreben: nichts — was seine krankhafte Leidenschaft betrifft — zuzugeben, im Gegenteil, er bemüht sich, sich stets in das beste Licht zu setzen; er wird ein ausgeprägter Heuchler vor seiner Umgebung. So verspricht er auch alles gern — um es doch nicht zu halten, und auf sein Ehrenwort ist erst recht nichts zu geben — denn er bricht es so leicht, wie er es gegeben. Der chronische Trinker ist viel gefährlicher, als wie man gemeinhin glaubt: die Totschlags-Delikte sind denn auch in der Zunahme begriffen. Den körperlich ethischen Schäden folgen die intellektuellen. Er verliert das gute Gedächtnis, sein Urteil wird schlecht — neue Vorstellungen kann er nicht mehr produzieren; er bewegt sich stets in alten ausgefahrenen Geleisen. Diese großen Störungen führen je nach der Konstitution beim einzelnen entweder zur Verblödung oder aber bei einem Genuß von ¼—½ Liter täglichen Schnapskonsums nach 15 Jahren (Jacobsen) mit unfehlbarer Sicherheit zum Delirium tremens (Säuferwahnsinn).

Der geschwächte Organismus ist widerstandslos geworden gegen Seuchen, Epidemien, Infektions-Krankheiten und bietet durch die pathologische Veränderung des Trinkerhirns den besten Nährboden für die Einstehung der Epilepsie (Fallsucht). Die Sektion der Organe ergab beim Gehirn außer Schrumpfungen beträchtliche Gewichtsabnahme und Verbrauchtsein der feineren nervösen Elemente; weiter zeigen sich krankhafte Veränderungen am Herz, an der Leber, den Nieren und am Magen jene bekannte chronische Entzündung (Säufermagen) desselben.

Ist die Trunksucht nun heilbar? Die Erfahrung lehrt, daß, wenn beizeiten eingegriffen wird, eine Heilung möglich ist. Die schwierigsten Patienten sind die periodischen Trinker, die „Quartalssäufer"; erzielt man mit ihnen innerhalb eines halben Jahres kein Besserungs-Resultat, dann müssen sie als unheilbar aufgegeben werden. Mit großen Hoffnungen sei man in das Jahr 1900 getreten, da es das Entmündigungs-Gesetz für Trunksüchtige brachte. Die von manchen gehegten Sorgen: „wohin nun mit den vielen Entmündigten?" zerstreuten sich durch den unerwarteten Widerstand vieler Familien, Kneipfreunde und auch mancher Behörden, die die Entmündigungsgründe nicht anerkannten. Laut Säuferlisten wurden 1897 über 14 000 Trunksüchtige festgestellt, und obwohl die Zahl sich bis 1900 noch steigerte, wurden davon doch nur 851 entmündigt. Das vielversprechende Gesetz erfüllte bisher die Erwartungen nicht, da es oft schwierig sei, den Behörden die Trunksucht zu beweisen. Zu bedauern sei es auch, daß es leider kein Zwangs-Gesetz für Trunksüchtige gäbe, nach dem dieselben gezwungen werden könnten, sich im Anfangsstadium in Behandlung zu geben; es würde entschieden viel mehr praktischer Erfolg damit erzielt werden als wie mit dem Entmündigungsgesetz. Mit den heutigen Mitteln der Heilbehandlung können jedoch sowohl leichtere, als wie auch schwerere, mit Geisteskrankheit einhergehende Fälle der Trunksucht geheilt werden. Nach Wende sei das Zeitübel „Die Trunksucht" die Krankheit für die unteren Klassen, wie genau so die „Morphiumsucht" die Zeitkrankheit der oberen Klassen sei.

Als Haupt-Gesichtspunkt der Behandlung Trunksüchtiger komme in Betracht: streng durchgeführte Abstinenz unter Leitung eines abstinenten Heilstätten-Arztes. Obwohl er (Vor-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219050120-15/fragment/page=0005

Halle und Saalkreis.

Halle, 19. Januar.

Unser Arbeitersekretariat.

In einer gutbesuchten öffentlichen Gewerkschaftsversammlung, die gestern abend im Konzerthaus stattfand, gab der Arbeitersekretär Genosse Güldenberg den Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1904. Unser Stadtobermann hatte sich gelegentlich einer Stadtverordnetensitzung die Freiheit genommen, unser Arbeitersekretariat mit dem Institute eines „Winkelkonsulenten" zu vergleichen. Natürlich blieben ihm unsere Genossen im Stadtverordneten-Kollegium darauf die Antwort nicht schuldig. Hätte Herr Staude aber nur eine blasse Ahnung von dem segensreichen Wirken dieses gemeinnützigen Instituts, so hätte er ungefähr ermessen können, wie tief verletzend es für die Arbeiter war, in solcher Weise über ihre Einrichtungen zu reden. Wir kommen später noch einmal auf den Jahresbericht zurück und wollen heute nur erwähnen, daß durch das Wirken des Arbeitersekretärs so manche Träne getrillt und so manchem Arbeiter sein Recht geworden ist. Die Besucherzahl ist im Vorjahre auf 6430 gestiegen. Von den 4705 Arbeitern, die Auskunft erhielten, waren 75 Prozent organisiert. Der Auslauf der schriftlichen Arbeiten erreichte die Zahl von 2129; Eingänge waren 1097 zu verzeichnen. Genosse Güldenberg wies auch auf die Wichtigkeit der Stadtverordnetenwahlen und die Erwerbung der preußischen Staatsangehörigkeit hin; wer also noch nicht Preuße sei und zur nächsten Stadtverordnetenwahl seine Stimme in die Wagschale werfen wolle, müsse sich beeilen, Preuße zu werden, denn die geschäftliche Abwickelung der Sache dauere in Merseburg zuweilen Monate. Die Versammlung nahm die Ausführungen mit Beifall auf.

Den Bericht der Aufsichtskommission gab Genosse Schnabel. Beschwerden gegen den Genossen Güldenberg lagen nicht vor, und die Kommission müsse dem Sekretär für seine Tätigkeit ihre Zufriedenheit aussprechen. Den Kassenbericht gab Genosse Mendorf: Einnahme inklusive Bestand vorigen Jahres von 3893.76 Mk. insgesamt 9258.79 Mk. — Ausgabe: 3954.64 Mk. — Bestand: 5304.15 Mk. Nach kurzer Diskussion wurde der Aufsichtskommission Entlastung erteilt. In die neue Aufsichtskommission wurden gewählt die Genossen: Schnabel, Mendorf, Brauns, Löffler, John, Kunz und Schunke. Die Versammlung nahm dann Stellung zum

Bergarbeiterstreik.

Genosse Güldenberg wies darauf hin, daß schnelle Hilfe doppelte Hilfe ist. Unsere Brüder im Ruhrgebiet sind zum Streik gedrängt worden. Genosse Deege schlug vor, 1000 Mk. aus der Kartellkasse zu bewilligen. Genosse Mendorf trat für Bewilligung von 500 Mk. und Auferlegung einer Extrasteuer in den Gewerkschaften ein. Genosse Seifert bat, mit Rücksicht auf den Druck des Kapitals 1000 Mk. zu bewilligen; es streiken bald 200 000 Personen. Genosse Mendorf zieht seinen Antrag zurück. Genosse Voß, der Gauleiter des Metallarbeiterverbandes, bittet um eine einheitliche dauernde Regelung der Unterstützung und verkündet, daß die Metallarbeiter bereits heute abend den Beschluß gefaßt haben, **1000 Mark** aus der Lokalkasse zu bewilligen und für Auferlegung eines Extrabeitrages einzutreten. Die Versammlung bewilligt **1000 Mark** aus der Kartellkasse.

Die Gewerbegerichtsbeisitzer

hielten am 11. Januar ihre Monatssitzung ab. Nach Bekanntgabe des Protokolls wurde noch auf den im Volksblatt veröffentlichten Artikel Die Rechtskraft der Arbeitsordnung eingegangen und dabei ein Urteil des Oberlandesgerichts München erwähnt, wonach dem Arbeiter die Arbeitsordnung nicht nur zum flüchtigen Durchlesen, sondern zu dauerndem Besitz gegeben werden müsse; bloßer Aushang genüge nicht. — Zur Leitung der Geschäfte für das begonnene Jahr wurden Gen. Hampel als Vorsitzender, Gen. Krüger als Schriftführer wiedergewählt; eventuelle Stellvertretung wird Gen. Güldenberg übernehmen. — Die Genossen Koppe und Krüger hatten über stattgehabte Sitzungen Bericht zu erstatten, wobei aber prinzipielle Fragen nicht in Betracht kamen. Jedoch entwickelte sich eine Debatte darüber, ob Tarifverträge, wo solche bestehen, als Grundlage für Entscheidungen des Gewerbegerichts maßgebend sind, namentlich ob ev. der Passus, daß Sonderabmachungen ungiltig sind, Rechtskraft haben kann. Bezüglich des letzteren Punktes soll in der nächsten Sitzung nochmals Diskussion gepflogen werden; die Zugrundelegung von Tarifen für Entscheidungen des Gewerbegerichts wurde aber auf Grund § 612 Bürgerl. Gesetzbuchs anerkannt, und dürfte es für Gewerkschaften, die Tarifverträge abgeschlossen haben, sich empfehlen, solche dem Gewerbegericht zur Kenntnisnahme einzureichen. — Aus der Debatte über einen besonderen Fall, in welchem ein Arbeitgeber verklagt war, für den es Gewerbe eine Zwangsinnung besteht, in die der Betreffende aber nicht aufgenommen wurde, das Gewerbegericht sich aber für unzuständig erklärte, ist hervorzuheben, daß nach § 91 Abs. 6 der Gewerbeordnung das Gewerbegericht zuständig ist, wenn das Innungsschiedsgericht der Klage nicht innerhalb acht Tage Folge gibt. — Die nächste Sitzung findet am 8. Februar statt.

Es waren anwesend 13 Mitglieder des Gewerbegerichts, 1 Mitglied des Innungsschiedsgerichts und der Arbeitersekretär Gen. Güldenberg. Entschuldigt fehlten: Emmer, Göhre, Kretzmann, Malz, Mömes; unentschuldigt: Bürtner, Degenkolbe, Enke, Ferdinand, Hartmann, Heyn, Naß, Rammler, Sanneck, Schmidt, Seifert. Die Gewerkschaften werden ersucht, dieser Präsenzliste einige Aufmerksamkeit zuzuwenden. r.

Die Kanalbenutzungsgebühr

verspottet ein Leser unseres Blattes nicht übel, indem er uns schreibt:

Geehrter Herr Redakteur!

Durch die Schlußverhandlung der letzten Stadtverordnetensitzung über die Kanalbenutzungsgebühr kann ich mir mit dem besten Willen nicht vorstellen, wie sich die Herren die Kanal benutzungsgebühr eigentlich denken. Meinem „sich allerdings nicht so hoch verstiegenden" Verstande nach liegt die Idee in dem Worte selber: „für die Benutzung des Kanals soll ich einen gewissen Obolus berappen." So weit wäre das ja alles recht schön; aber ich soll doch schon bezahlen, ehe der Kanal überhaupt benutzt werden kann und das geht eben über mein Begriffsvermögen. Sollte in dieser Sache auch nur ein klein wenig Recht enthalten sein, so mache ich später eine Leihbibliothek auf und verlange von den Betreffenden, welche dieselbe einmal benutzen wollen, schon heute die Leihgebühr.

Die Wählerlisten

zu den Gemeinderats-Wahlen liegen vom

15. bis 30. Januar

aus. Wahlberechtigt ist nach § 41 der schon angezogenen Landgemeinde Ordnung jeder Gemeindeangehörige, welcher **24** Jahre alt ist und

1. Angehöriger des Deutschen Reiches ist (er braucht also nicht Preuße zu sein; jeder Sachse, Bayer ꝛc. ist wahlberechtigt, wenn er die sonstigen Vorbedingungen erfüllt),
2. die bürgerlichen Ehrenrechte besitzt,
3. seit einem Jahre in dem Gemeindebezirke seinen Wohnsitz hat,
4. keine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln empfängt,
5. die auf ihn fallenden Gemeindeabgaben bezahlt hat, und außerdem
6. entweder
   a) ein Wohnhaus in der Gemeinde besitzt,
   oder
   b) von seinem gesamten innerhalb des Gemeindebezirkes gelegenen Grundbesitz einen Jahresbetrag von mindestens 3 Mark an Grund- und Gebäudesteuer entrichtet,
   oder
   c) zur Staatseinkommensteuer veranlagt ist,
   oder
   d) zu den Gemeindeabgaben nach einem Jahreseinkommen von mehr als 660 Mark herangezogen wird bezw. vierteljährlich mindestens 1.50 Mark Steuern bezahlt.

Für die Arbeiterwähler kommen in der Hauptsache außer der Erreichung des 24. Lebensjahres die Punkte 1, 2, 3, 4 und 6 in Betracht.

Wer nicht in der Wählerliste steht, hat schleunigst sein Eintragung bewirken zu lassen.

Und immer wieder der Lehrermangel.

Die Lokalnotiz in unserer gestrigen Nummer, die ein erbauliches Bild über die Schulverhältnisse auf dem Lande entrollt, wird wirksam ergänzt durch die Mitteilungen der Januar-Nummer des Amtlichen Schulblattes für den Regierungsbezirk Merseburg. Darnach ist der Lehrermangel im Wachsen begriffen. Nicht weniger als 98 Lehrer- und Lehrerinnenstellen sind unbesetzt. Am 1. April dieses Jahres werden wieder 18 Stellen frei, ohne daß Ersatz dafür vorhanden ist. Soll es so weiter gehen, daß die Kinder des Volkes nur spärlichen Schulunterricht genießen? Die beiden Landtagsabgeordneten des Saalkreises, die Herren Keil und Schmidt, könnten sich ein Verdienst erwerben, wenn sie im Abgeordnetenhause den Minister über diesen beständigen Lehrermangel in unserem Regierungsbezirke interpellierten.

Keine Freiwilligen nach Südwestafrika.

Die Bezirkskommandos erlassen noch immer in der Amtsblattpresse Aufforderungen zum Eintritt in die Schutztruppe für Südwestafrika. Auch Sanitätsmannschaften konnten sich bis vorigen Freitag melden. Die Verpflichtung braucht nur auf ein Jahr eingegangen zu werden. Unteroffiziere erhalten neben freier Verpflegung 1200 Mark, Gefreite und Gemeine 1000 Mark.

Die Abneigung, in den Tropen sein Leben auszuhauchen, scheint doch größer zu sein, wie die Militärverwaltung vermutete. Daran ändern auch die winkenden 1200 Mark bezw. 1000 Mark nichts.

Aus amtlichen Bekanntmachungen.

Stipendien bei der Handwerkerschule. Der Magistrat bringt zur öffentlichen Kenntnis, daß nach einem Erlaß des Ministers für Handel und Gewerbe städtische Stipendien zum Besuche der hiesigen Handwerkerschule gewährt werden können. Etwaige Anträge auf Verleihung eines Stipendiums sind für das bevorstehende Sommerhalbjahr April-September 1905 bis Montag, den 6. Februar d. J., abends 6 Uhr an den Direktor der genannten Anstalt, Herrn Brumme hier, einzureichen.

Die Anträge müssen enthalten: a) einen selbst verfaßten und geschriebenen Lebenslauf des Bewerbers, b) behördliche Auskunft über seine Führung sowie seine und seiner Eltern Familien-, Einkommens- und Vermögensverhältnisse, c) das Abgangs- oder letzte Zeugnis des Bewerbers aus der Volksschule oder der sonst von ihm besuchten höheren Schule, ein Zeugnis über seine Führung und Leistungen auf der betreffenden Fachschule, sowie etwaige weitere Zeugnisse über seine Leistungen in der Praxis und auf früher besuchten gewerblichen Fachschulen.

Leihamt. Die Versteigerung der verfallenen Pfänder vom Monat Okt. 1903 findet ab Mittwoch, den 18. Januar d. J. im Versteigerungslokale statt und wird voraussichtlich 4 Tage in Anspruch nehmen. Es kommen an jedem Tage Taschenuhren aller Art, sonstige Gold- und Silbergegenstände, wie Ketten, Ringe, Löffel usw., ferner 1 Trumeau, Betten, Leib- und Bettwäsche, Schuhwerk, neue und getragene Kleidungsstücke und verschiedene andere Sachen zum Verkauf.

Arbeitszeit in den Bäckereien. Auf Grund der Ziffer I 3a der Bekanntmachung des Bundesrats vom 4. März 1896 werden für das Jahr 1905 als diejenigen Tage, an denen in Bäckereien und solchen Konditoreien, in denen außer Konditor- auch Bäckerwaren hergestellt werden, Gehilfen und Lehrlinge über die zulässige Arbeitsschicht hinaus beschäftigt werden dürfen, die folgenden Tage bestimmt: der 30. und 31. März, 18 und 19 Mai, 28 und 29 September, 11., 12., 13., 14., 15., 18., 19., 20., 21., und 22. Dezember. Durch diese Festsetzung wird das den Arbeitgebern nach Ziffer I 3b der erwähnten Bekanntmachung zustehende Recht, Gehilfen und Lehrlinge an 20 weiteren Tagen über die sonst zulässige Dauer hinaus zu beschäftigen, nicht berührt. Gleichzeitig wird aber darauf aufmerksam gemacht, daß auch an allen Ueberarbeitstagen, mit Ausnahme des Tages vor dem Weihnachts-, Oster und Pfingstfest, zwischen den Arbeitsschichten den Gehilfen eine ununterbrochene Ruhe von mindestens 8 Stunden, den Lehrlingen eine solche von mindestens 10 Stunden im ersten Lehrjahre und von mindestens 9 Stunden im zweiten Lehrjahre gewährt werden muß.

Für Militärinvaliden. Zum 1. Oktober 1905 können zwei mit Pension ausgeschiedene Militär-Invaliden — dauernd anerkannte Ganzinvaliden — in das Invalidenhaus zu Berlin aufgenommen werden, die bereit und im stande sind, die daselbst vorkommenden Gärtnerarbeiten zu verrichten. Falls im Landwehrbezirk Halle geeignete und bereite Persönlichkeiten vorhanden sind, so wollen sie ein entsprechendes Gesuch unter Angabe ihrer Personalien, Beifügung der Militärpapiere, eines polizeilichen Führungsattestes — wenn sie verheiratet sind, ein solches auch über die Familien-Angehörigen — und der Zeugnisse über ihre Fähigkeiten als Gärtner an das Bezirkskommando einreichen.

Gefunden wurden vom 1. bis 15. ds.: 1 Hundemaulkorb, 1 schwarzer Muff mit weißem Taschentuch, 1 Trage und 1 Handkorb, 1 Paar weiße Glacehandschuhe, 1 ovale goldene Brosche mit schwarzer Emaille und Perlen, 1 brauner Pelzkragen, 1 goldener Damenring mit 2 Perlen, ein Etui (W. Hempel), 1 Ledertortemonnaie ohne Inhalt, mit verschiedenen Sparmarken, 1 schwarze Reisedecke, 1 Portemonnaie mit Inhalt und 1 Rückfahrkarte Saarbrücken-Halle a. S., 1 goldene Brille, 1 braune Pelzboa mit Metallkette und 4 Schwänzchen, 1 Lorgnette von Schildpatt, 2 Goldstücke, 1 Radehacke mit 2 Bändern ohne Stiel. Verloren wurden: 1 braunes Portemonnaie mit ca. 11 M. und 1 goldenes Herz, 1 dto. mit ca. 15 M., 1 dto. mit 37.35 M. Inhalt, 1 dto. mit 3.20 M. und Sparmarken, 1 dto. mit 90 M., 1 Brieftasche mit 23 M. Inhalt, 1 Seehundsportemonnaie mit ca. 20 M., 1 vergoldete Brosche mit Monogramm F A. mit Krone in Tüte von Häder, 1 silbernes Armband mit Herzchen, 1 schwarzer Regenschirm mit lila Streifen, 1 goldener Klemmer, 1 goldener Trauring, gez. E. W. 5. 12. 04, 1 Operglas im Etui von Unbekannt, Perlmutter mit Goldeinlage, 1 schwarzer Muff, 1 Monogramm, gelb auf schwarz, D L 1 silberne Damenuhr mit Goldrand ohne Kette und mit

---

tragender) selbst nicht Abstinent, müsse er doch, da nur das gute Vorbild auf den Kranken einwirke, vom Arzt dies Opfer unbedingt fordern. Die ganze Behandlung müsse auf das Ziel hinauslaufen: dem Kranken die verloren gegangene Widerstandsfähigkeit und geistige Energie wiederzugeben. Dies ließe sich natürlich nicht in sechs Wochen, wohl aber in zwei Jahren erreichen. Darum: je länger die Behandlung, desto größer der Erfolg! um so mehr steigen die Prozente der Geheilten. Zahlen reden auch hier: bei 1—90 Aufenthaltstagen in der Heilstätte gab es 40 Prozent, nach 274—365 Tagen stieg die Zahl der Geheilten auf 65 Prozent. Ein Fehler sei es auch, wenn die Kranken-Anzahl höher als wie auf 30 bemessen würde. Wenn davon im Höchstfalle zwanzig als Geheilte nach einem Jahre entlassen werden könnten, solle man vollauf damit zufrieden sein, denn nur bis zu dieser Ziffer habe man die Gewähr gewissenhafter richtiger Heil-Behandlung.

Außer der Anhaltung zu absoluter Abstinenz trete die körperliche Beschäftigung in freier Luft. Notwendig ist auch, daß in erster Linie der zu bearbeitende Boden gut, ertragsfähig sei, so daß die Kranken den Erfolg ihrer ökonomischen oder Garten-Arbeiten wahrnehmen können, daran ihre Freude haben. Die Arbeit selbst biete Abwechslung, sei nicht zu eintönig — sie muß Spaß machen; der Kranke darf bei der Arbeit nicht verblöden. Weiteres Erfordernis sei die Anlage eines Schwimmbades*) und einer Turnhalle, selbstverständlich unter denkbar einfachster Gestaltung. Nach der nicht zu langen Arbeit, die sich ja nicht auf kilometerlange Felder erstrecken dürfe, müsse zum fleißigen Schwimmen und Turnen Anreiz gegeben werden. Die Arbeit und Bewegung in frischer Luft, die Leibesübungen mit dieser abwechselnd haben mit dem Bestreben: über den Körper zu herrschen, ein Wachsen der geistigen Spannkraft, der Willens-Energie zur Folge. Ist die Ueberführung eines Trunksüchtigen zuerst in eine Irrenanstalt nötig, so hat nach Heilung desselben doch noch eine Weiter-Behandlung in der Trinkerheilstätte zu geschehen. Freilich darf ein Aufenthalt in derselben nicht die übliche Anstalts-Behandlung sein; vorsichtige Wahl der Wärter, heiterer geselliger Verkehr untereinander müsse der Heilstätte mehr den Charakter eines sanitären Heims aufdrücken. Von besonderer Wichtigkeit sei die Wiedereinführung der Geheilten in die menschliche Gesellschaft.

Leider gebe es genug schlechte Menschen, die eine Ehre darin erblicken, einen erst geheilten Menschen der Berührung wieder zugänglich zu machen. Als bestes Schutzmittel habe sich da vornehmlich die Aufnahme in einer Abstinenz-Gesellschaft erwiesen. Auf eine Anfrage: ob auch die Hypnose als Heilfaktor in den Trinkerheilstätten zur Anwendung käme, erwiderte der Herr Vortragende in verneinendem Sinne. In früheren Jahre habe er selbst viele Kranke hypnotisiert; nach den dabei gemachten Erfahrungen müsse die Hypnose bei der Behandlung Trunksüchtiger verworfen werden. Zu derselben Ansicht sei auch nach vielen Versuchen der bekannte Nervenarzt Professor Forel gelangt. Der Vortrag ward mit großem Beifall aufgenommen. K.

*) Arme, zurückgebliebene Großstadt Halle, wann wirst auch du zu einem Schwimmbad kommen?

Glück auf!

Schwer von steter Nacht umfangen,
Brechen sie im Erdenschoß
Unter Qualen, unter Bangen
Heißer Urzeit Schätze los.

Sind von schrecklichen Gewalten
Jeden Augenblick bedroht,
In den Klüften, aus den Spalten
Lauert hundertfacher Tod!

Keuchend mühen sie die Glieder,
Wo der Hölle Atem weht,
Tauchen auf und tauchen nieder,
Wie im Bronn der Eimer geht.

Und des Lichtes goldne Welle,
Die sein Bettler missen mag,
Labt sie mit gesunder Helle
Nur an selt'nem Feiertag.

Und sie leiden und sie fronen
Jahr um Jahr in gleicher Müh' —
Arme Sklaven reicher Drohnen! —
Welken bald und sterben früh! —

Kann's Euch wundern, wenn sie riefen
Grollend jetzt nach Recht und Licht,
Wenn's aus ihres Herzens Tiefen
Jäh' wie schlagend Wetter bricht?

Wenn die Schar mit einem Schlage
Sich der großen Macht besann,
Die Euch oben hier, am Tage,
Bittre Sorge lehren kann?

Merkt Euch: Wenn sie feiern werden
Trotzig dort im Kohlenschacht,
Wird es kalt auf Euern Herden,
Dunkel sein in Eurer Nacht!

Und der Strom des Lebens flutet
Nimmer bald landaus, landein, —
Wie ein Leib, der sich verblutet,
Stumm und öde wird es sein!

Alle Essen sind erloschen,
Alle Räder stehen still —
Und das alles, weil um Groschen
Krämerselbstsucht teilchen will!

Weil die Habgier der Bedränger
Baren Vorteil darin sieht,
Daß ein Viertelstündchen länger
Sklavenhand am Karren zieht!

Mögt Ihr da noch lange grübeln,
Was der Arme darf und soll?
Könnt Ihr seinem Zorn verübeln,
Daß er endlich überquoll?

Wahrlich, nein! Und brausend weiter
Walle dieses Sturmes Lauf!
Und für Euch, gerechte Streiter
Schalle schmetternd ein: Glück auf!

O. in Nr. 3 der Jugend.

Irrtum. A.: Wie ich höre, ist der deutsch-östreichische Handelsvertrag bereits in Kraft getreten?

B.: Om — der ist allerdings „in etwas getreten" — aber „in Kraft" nich — nee, da irrst du dich! Südd. Postillon.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219050120-15/fragment/page=0006

Namen, 1 weißes Täschchen mit Taschentuch W., 1 silberne Damenuhr mit Goldrand und ohne Kette.

Bezügliche Auskunft wird während der Dienststunden im Polizei-Sekretariat IV, Rathausstraße 19, Zimmer Nr. 56, erteilt.

---

* **Die erste diesjährige Schwurgerichtsperiode** erreichte am Sonnabend ihr Ende. Es wurden verhandelt an sechs Sitzungstagen 8 Sachen gegen 8 Angeklagte, und zwar: 3 Fälle Urkundenfälschung, 2 Fälle Kindesmord, 1 Fall Abtreibung, 1 Fall Meineid und 1 Fall Sittlichkeitsverbrechen. An Strafen wurden insgesamt verhängt: 4 Jahre 6 Monate Zuchthaus, 6 Jahre 2 Monate 4 Wochen Gefängnis, 8 Jahre Ehrverlust und 300 M. Geldstrafe. Die höchste Strafe, die verhängt wurde, betrug 3 Jahre Zuchthaus 5 Jahre Ehrverlust und die niedrigste 4 Wochen Gefängnis. Freigesprochen wurde eine Person.

* **Vor dem Schöffengericht** sollte gestern früh die seinerzeit vertagte Privatklage des Kommissars **Kriebel** gegen den Ober-Polizei-Inspektor **Weydemann** zur Verhandlung kommen. Da die Sache schon, als wir am vorigen Mal darüber berichteten, allgemeines Aufsehen und Interesse erregte, hatte sich gestern viel Publikum eingefunden. Vor der Verhandlung lief ein Telegramm ein und mußte die Verhandlung aus Gründen, die nicht aufgeklärt erscheinen, vertagt werden. Man vermutet, der Regierungspräsident gestattet es nicht, daß Herr Weydemann zur Verhandlung erscheint.

* **Ueberfallen** wurde ein 23jähriges Mädchen eines Abends am Anfang dieser Woche in der Ritterstraße. Der Unbekannte entriß ihr das Portemonnaie und entfloh. In dem Portemonnaie befanden sich 25 Mk.

* **Die Gashähne** hat ein Handwerksbursche in einigen Häusern der Bernhardystraße abgedreht, in welchen er auf seine Bitten, ihm etwas zu schenken, nichts erhielt.

* **Neue Erfindungen.** Wochenbericht vom Patentbureau Kipp u. Büttner-Hamburg, Glockengießerwall 21, über Patenterteilungen: Teigknet- und Mischmaschine mit zwei Knetarmen: Hermann Vollmer-Halle. — Radfahrerhosenklemme: O. Zschäpe u. Bernhard Leineweber-Halle. — Bremsvorrichtung für Rollschuhe; Eduard Lärm-Wittenberg. — Gebrauchsmuster-Eintragungen: Antrieb für Teigknetmaschinen, Hermann Lindemann; flach zusammenlegbarer Fliegenball aus wabenförmig geklebtem Papier, Siegfried Frenkel; kombinierter Schuh und Stiefel Aus- und Anzieher mit umlegbarer Bank und zwei verschiedenen Stiefel-Aufhängevorrichtungen, Gustav Rensch; Aluminiumgerüst für photographische Kameras, Paul Kämmerer; Dekorationsstück für Schaufenster, Franz Günther; sämtliche in Halle. — Das Bureau erteilt unsern Lesern Rat und Auskunft in allen Patent-, Gebrauchsmuster- und Warenzeichen-Angelegenheiten kostenlos.

* **Frau Stieler** ersucht uns, mitzuteilen, daß sie gegen das Urteil des hiesigen Schöffengerichts Berufung eingelegt habe. Sie bestreitet, daß die Sache sich so zugetragen hat, wie sie in der Verhandlung zum Ausdruck kam.

Wir bemerken hierzu, daß wir keine Veranlassung haben, an der Richtigkeit des Berichts unseres Gerichtsreferenten zu zweifeln.

* **Aus dem Bureau des Stadttheaters.** Freitag: Die Siebzehnjährigen. Sonntag nachmittags 3½ Uhr geht zu ermäßigten Preisen das Ausstattungsstück Die Kinder des Kapitän Grant in Szene; abends 7½ Uhr Mignon. — Als letzter Abend im Goethe-Zyklus findet am Sonnabend die Aufführung des 2. Teiles der Faust-Tragödie statt; Schülerkarten an der Abendkasse.

* **Aus dem Bureau des Neuen Theaters.** Freitag: Traumulus. Sonnabend: Ein toller Einfall. Der Vorverkauf für die nächste Volksvorstellung zu den Einheitspreisen von 60, 40 und 20 Pf., die am Sonntag nachmittag 4 Uhr Hermann Sudermanns Drama Sodoms Ende bringt, ist bereits jetzt eröffnet.

Ammendorf. Die Rabattvereinler gehen aufs Land. Man verbreitet nämlich auch hier das bekannte Flugblatt: Der Segen der Konsumvereine, über welches kürzlich das Volksblatt berichtete. Den Herren sei gesagt, daß sie bei uns noch weniger auf Erfolg rechnen können, wie in der Stadt. Bei uns ist der Arbeiter enger mit seinem Konsumverein verbunden, wie die großstädtischen Arbeiter mit ihren Vereinen, weil wir keinen Ersatz für ihn haben. Die Arbeit, dem Konsumverein Mitglieder abtreiben zu wollen, sollten sich die Herren sparen.

Lettin. Ertrunken. Gestern nachmittag gegen 3 Uhr ertrank infolge Einbruchs auf dem Eise der Saale der 10jährige Sohn des Fuhrwerksbesitzers Bose aus Lettin, als er nach einem sogen. Taucher haschen wollte. Die Leiche wurde nicht gefunden.

Beesenlaublingen. (Eig. Ber.) Die Folgen des Alkohols. Der hier als Trunkenbold bekannte Arbeiter W. Keuhne, auf dem Rittergut Poplitz als Futterknecht in Arbeit stehend, ist infolge des Schnapsgenusses dieser Arbeit nicht mehr gewachsen. Deshalb nahm er schon seit geraumer Zeit seinen aus zweiter Ehe mitgebrachten 13jährig. Stiefsohn, des Morgens früh 3 Uhr mit zum Füttern. Infolge des frühen Aufstehens schlief der Junge öfters in der Schule ein. Der 13jährige Knabe war zu schwach, die schweren Futterkörbe zu tragen, deshalb schlug der Vater den Knaben mit der Dunggabel. Am Sonnabend war in Beesenlaublingen Hasenjagd, bei welcher der Junge mitgegangen war und das Füttern im Stich gelassen hatte. Aus Furcht, mißhandelt zu werden wagte sich der Knabe nicht wieder nach Hause, sondern ging in seiner Angst zu seinem Schullehrer, welcher ihn zum Herrn Pastor Riedel führte, letzterer brachte ihn nun zum Gastwirt Lindekohl, um ihm Nachtquartier zu verschaffen und ihm morgens etwas zu essen geben zu lassen. Der Wirt steckte ihn in einen Stall, wo er auf Stroh schlafen sollte. Das dauerte einen zufällig als Gast anwesenden Genossen, K. Matthias, welcher den Knaben aus dem Stalle zog, mit nach Hause nahm und ihn satt essen ließ, und dann seinen Eltern überbrachte.

Der Junge soll sich schon öfters nächtelang in Strohdiemen und auf Wagen umhergetrieben haben, um den Mißhandlungen zu entgehen. Auch suchte er altes Eisen und verkaufte dieses, um sich Nahrung zu verschaffen.

Der hiesige Ortsvorsteher Butzmann und der Wachtmeister aus Könnern haben den Vater zur Rede gestellt. Letzterer soll erklärt haben, er hätte den Jungen nicht geschlagen, sondern gesagt, er solle sich rechtzeitig ins Bett legen.

Diese Ausrede aber ist gänzlich hinfällig. Denn Nachbarsleute haben oft gehört, daß wenn Keuhne abends nach Hause kommt, er die schlafenden Kinder aus den Betten geholt hat. Des öfteren hört man einen solchen Skandal, daß man meint, es mit einem Wahnsinnigen zu tun zu haben. Wie es mit der Sittlichkeit derartiger Leute aussieht, können alle diejenigen begreifen, welche solche Menschen kennen gelernt haben.

Aus den Nachbarkreisen.

Der Wahltermin in Kalbe-Aschersleben.

Die amtliche Bekanntmachung des Stichwahltermins ist nun erfolgt. Wie vorauszusehen bleibt es beim **24.** Januar. Am nächsten Dienstag fällt demnach die Entscheidung.

Weißenfels. (Eig. Ber.) Bei der letzten Stadtverordneten-Sitzung waren einige Punkte der Tagesordnung von besonderem Interesse. Um die Finanzlage der Stadt zu heben, hatte der Magistrat einen Entwurf zur Erhöhung der Lustbarkeitssteuer und Einführung einer Billettsteuer vorgelegt. Gegen dieses Ungetüm hatten die hiesigen Saalbesitzer Einspruch erhoben und baten um Ablehnung dieser Vorlage. Dem unentwegten, sich freisinnig gebärdenden Herrn Braun blieb es überlassen, die Lanze für diese indirekte Steuer zu brechen, obwohl er gegen indirekte Steuern sei. Der jetzt eingetretene Dalles ist mit verschuldet durch die Denkmalswut und andere Geschenke, bei denen nicht geknausert und 50 000 Mk. gar nicht besser verwendet werden konnten als zu einem Denkmal — nach des Herrn Braun damaligen Ausführungen. — Obige Steuer soll den überhandnehmenden Vergnügungen entgegenwirken, aber bei patriotischen Festlichkeiten kann ohne diese Steuer getanzt werden. Eine freiwillige Steuer soll es deshalb sein, weil niemand gezwungen sei, an Vergnügungen sich zu beteiligen. Ist dies nicht echte Sozialpolitik? Bei Vergnügungen aller Art sollen bis zu 50 Pf. Entree 5 Pf., bis 1 Mk. 10 Pf., bis 1.50 Mk. 15 Pf., bis 2 Mk. 20 Pf. Steuer erhoben werden. Eine Mehr-Einnahme durch die Billettsteuer von 6000 Mk. soll dadurch erzielt werden. Man erwartet auch hier wie in Halle großen Segen durch diese Steuer. Der zweite Bürgermeister Bischoff erklärte, daß er als Armen-Dezernent beobachte, daß die ärmeren Kreise sehr vielen Vergnügungen huldigen und vor größeren Vergnügungen das Leihhaus reichlicher belegt werde. Diese Steuer solle angenommen werden, sie käme der Armenkasse zu gute. Dem Herrn mag hiermit gesagt sein, daß schon viele in großer Not und Hilfsbedürftigkeit befindliche Familien mit Unterstützungs-Anträgen abgewiesen worden sind. Vielleicht ist ihm auch nicht bekannt, daß vor längerer Zeit ein Antrag abgelehnt wurde, der dahin ging, das Leihhaus am Freitag jeder Woche geöffnet zu halten — für Schuhwaren. Auch diese Steuer ereilte dasselbe Schicksal, sie wurde gegen neun Stimmen abgelehnt. Der Magistrat wird sie später wiederbringen.

Nach diesen vorgebrachten Klageliedern über schlechte Finanzlage bewilligte man 1000 Mk. für das Hochzeitsgeschenk des Kronprinzen. Herr Braun erklärte bei diesem Punkte, daß es desto besser gehe, je weniger man darüber spreche. Nur Herr Geyer schlug an seine Brust und sagte, daß er bei aller Hochachtung, die er habe für das deutsche Herrscherhaus, nicht dafür sei. Herr Geyer, der sich gern als Arbeitervertreter betrachtet, war es aber, der statt 200 Mk. 300 Mk. bewilligen wollte zum Gauturnfest, jedenfalls wollte sich damit Herr Geyer nur den Rücken decken.

Aue. Preußischer Parteitag! Ueber vorstehendes Thema spricht am Sonnabend abend im Sozialdemokratischen Verein Genosse Leopoldt. Es ist notwendig, daß alle Mitglieder und deren Frauen kommen, da die Gegenstände, die der Parteitag behandelte, jedermann auf das innigste berühren. Die Versammlung findet im Deutschen Kaiser statt.

Teuchern. Wie aus dem heutigen Inseratenteile ersichtlich ist, findet nächsten Sonntag eine öffentliche Bergarbeiter-Versammlung statt. Die Wichtigkeit der Tagesordnung wie auch das Pflichtgefühl eines jeden Bergarbeiters müßte es mit sich bringen, daß diese Versammlung gut besucht ist. Darum auf in die Versammlung!

---

20 JAN

Eisleben. (Eig. Ber.) Bürgertum und rotes Gespenst. Die Furcht vor dem roten Gespenst, die so manchen Spießbürger um seine behagliche Ruhe gebracht hat, hat einen unserer teuren Mitbürger, Herrn Theurig, Wirt des bekannten Etablissements Wiesenhaus, in den letzten Tagen der vergangenen Woche arg mitgenommen. Das hiesige Gewerkschaftskartell, das allerdings nicht dazu da ist, im Hoch- und Hurrarufen auf diverse Größen sich zu betätigen, sondern sich unter anderem die Aufgabe gestellt hat, den Bildungsgrad seiner Mitglieder so viel wie möglich zu heben, wollte am letzten Sonnabend im Wiesenhaus einen sogenannten Lichtbilder-Vortrag veranstalten, wozu der Wirt Theurig schon seit ca. 6 Wochen die Hergabe seiner Lokalitäten zugesagt hatte. Jetzt mit einem Male, zwei Tage vor dem angesetzten Abend, nachdem bereits mehrere hundert Eintrittskarten im Vorverkauf abgesetzt waren, zieht der Wirt seine Lokalitäten zurück, mit der schalen Ausrede, er hätte gehört, es seien Sozialdemokraten, denen er den Saal geben wollte; dies ginge unter keinen Umständen. Daß Theurig diesen Zurückzieher aus eigener Initiative getan hat, ist zu bezweifeln, jedenfalls hat der bekannte sanfte Druck wieder prompt gewirkt. Man kann mitten im Herzen Deutschlands, in Mansfeld, ein solches Bestreben nicht verstehen, man nimmt dem Proletarier sogar die Gelegenheit, sich weiterzubilden. Nun, wer am Ende den Schaden hat, wird sich ja in Zukunft zeigen.

Eisleben. Eine Erhöhung der Schichtlöhne um 10 15 Prozent hat die Mansfelder Kupferschieferbauende Gewerkschaft beschlossen. Die bürgerliche Presse singt deshalb das Lieblied des Arbeitgeberwohlwollens in allen Tönen. — Unseres Erachtens liegt dazu keine Veranlassung vor. Die Direktion der Gesellschaft hat selbst erklärt, daß die Kupferpreise gestiegen seien. Von dieser Steigerung den Bergleuten einen winzigen Anteil zu gewähren, ist nur recht und billig. Zudem befinden sich die Löhne nach der Erhöhung erst auf der Höhe, in welcher sie bei Lebzeiten des Direktors Fuhrmann standen. Die Gewerkschaft wird auch nicht versäumen, sofort eine Reduzierung eintreten zu lassen, wenn sie es für geboten hält.

Molmerswende. Selbstmord. Am Freitag erhängte sich die Frau Siemenroth; was dieselbe in den Tod getrieben hat, ist nicht bekannt.

Torgau. Skelettfund. Bei Erdarbeiten an der Böschung unterhalb der Eisenbahnbrücke wurde Dienstag nachmittag ein weibliches Skelett ausgegraben. Die Leiche scheint bereits mehrere Jahre dort gelegen zu haben und vermutlich bei einem Hochwasser angeschwemmt worden zu sein. Weiteres hat sich bis jetzt noch nicht feststellen lassen.

Nichtewitz. (Eig. Ber.) Ungefähr vor einem Monat wurde durch den Gemeindediener bekannt gemacht, daß der, welcher in Forst Falkenstrut Raff- oder Leseholz hole, jetzt einen Erlaubnisschein haben müsse. Um nun nicht Gefahr zu laufen, wurde von vielen eine Bescheinigung bestellt, was ja auch bei den niedrigen Löhnen und den Verhältnissen auf dem Lande leicht erklärlich ist. Aber wie erstaunt waren die Empfänger eines solchen Scheines, als ihnen nur für die Monate Dezember, Januar, Februar und März erlaubt war, Raff- oder Leseholz zu holen, gerade für die Monate, in welchen am meisten Schnee liegt, wo man also kein Holz auf dem Erdboden sehen, noch viel weniger zusammenlesen kann. Liegt kein Schnee, dann ist das Holz zu naß, infolgedessen schwer nach Hause zu tragen. Eine solche Bescheinigung kostet 1 Mk. Wird nun die Bescheinigung nach dem 31. März nicht eingeliefert, dann kommen noch 50 Pfg. Strafe hinzu. Ob die Empfänger eines solchen Scheines für 1 Mk. Holz holen oder zusammenlesen können, ist sehr fraglich. Sie müssen das Holz dann genau so teuer bezahlen wie bei der Auktion das gute Holz. Wie nun, wenn im Sommer das Holz trocken ist? Da werden die Aermsten, wenn sie Holz holen und ertappt werden, ein Strafmandat erhalten oder zusehen müssen, bis die erlaubten Monate gekommen sind. Jedenfalls wäre Abhilfe dringend nötig.

Aber auch die Löhne der Holzmacher auf der Försterei Falkenstrut lassen zu wünschen übrig. Vier Wochen lang beim Holzschlage verdient ja der Mann pro Tag 2 Mk., was er aber hier verdient, muß in der Durchforstung zugesetzt werden, denn da verdient der Mann pro Tag 75 Pfg., im höchsten Falle 80 Pfg., im allerbesten Falle 1 Mk.

Prettin (Elbe). Unser Genosse Julius Marx stand seit kurzer Zeit bei Herrn Hallmann (Möbelklopferfabrikant) in Arbeit. Er war für dauernd eingestellt worden und ist nun nach vierwöchentlicher Arbeitszeit entlassen worden. Die Gründe, welche Herr H. anführt, Marx könnte nicht so viel verdienen wie seine anderen Leute, sind unserer Meinung nach nicht stichhaltig, denn es gibt bei ihm noch mehr Leute mit wenig Verdienst! Man braucht wohl auch nicht lange zu raten und man hat das Rätsel gelöst. So lange aber die anderen Arbeiter Hs. nicht organisiert sind, wird er auch mit ihnen umspringen, wie er Lust hat. An einem zweiten Arbeiter hat er schon dasselbe Beispiel angewendet. Man wundert sich im allgemeinen über die Machinationen des Herrn H., da er doch früher sehr human gegen seine Leute war. Darum, Ihr übrigen Arbeiter, säumt nicht mehr, hinein in den Verband.

Hohenleipisch. Leichenfund. Am Montag früh fand man auf dem Wege von hier nach seiner abseits vom Ort gelegenen Wohnung den Ziegelmeister Karl Martini tot auf. Der 75jährige, welcher am Sonntag nachmittag nach einem Besuch bei seinen hier wohnenden Kindern nach seiner einsam gelegenen Behausung gegangen war, ist unterwegs wahrscheinlich ein Opfer der Kälte geworden.

Hohenleina Crostitz. Von der Kleinbahn. Mit dem 1. Februar dieses Jahres wird auf der im Bau begriffenen Kleinbahn Crensitz-Mockau zwischen Crostitz und Crensitz Personenverkehr eingerichtet werden, und zwar in der Weise, daß zu jedem in Crensitz eintreffenden Zuge ein aus der Lokomotive und einem Personenwagen bestehender Zug von Crostitz abgelassen wird. Die Firma Ferber u. Co. hat sich inzwischen in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Nach neuerem Plane wird die Bahn von Crostitz an Brösitz vorbei zwischen Hohenheida und Göbichelwitz hindurchgeführt werden. Hinter letzterem Dorfe ist eine Haltestelle geplant.

Delitzsch. Aus dem Zuchthause. Nachdem die Zahl der Insassen der königlichen Strafanstalt (Frauen-Zuchthaus) in den letzten Jahren zurückgegangen ist, wird sie wahrscheinlich am 1. April eine Erhöhung dadurch erfahren, daß etwa 100 Strafgefangene der Anstalt Lingen (Reg.-Bez. Osnabrück) hierher überwiesen werden. Die dortige Anstalt soll aufgelöst werden.

Staßfurt. Vorsicht bei Blutvergiftung. Einem 15jährigen Mädchen mußte ein Bein amputiert werden. Das Mädchen hatte sich vor kurzem beim Holzzerkleinern eine Blutvergiftung zugezogen, deren schlimmeren Folgen nur durch die Amputation vorgebeugt werden konnte.

Wernigerode. Erschossen hat sich vor einigen Tagen der Kellner Raymund aus Halberstadt. Man nimmt an, aus Furcht vor Strafe, weil er 400 M. unterschlagen.

Parteinachrichten.

— **Das preußische Parteitags-Protokoll** ist soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts zum Preise von 30 Pf. erschienen. Der Parteitag wurde zusammenberufen, um gegen die reaktionären Maßregeln der preußischen Regierung Protest zu erheben, zumal die Gefahr immer mehr zu Tage tritt, daß diese volks- und kulturfeindlichen Maßnahmen auch auf das Reich ihre verheerende Wirkung ausüben. Die zur Verhandlung gekommenen Fragen behandelten: Die Wohnungsfrage. — Die Schulfrage. — Das Kontraktbruchgesetz. — Das Wahlrecht. Die Verhandlungen sind ausführlich im Protokoll wiedergegeben.

— **Die Genossen von Newyork** beabsichtigen, demnächst ein tägliches Blatt in englicher Sprache unter dem Namen Daily Call (täglicher Weckruf) herauszugeben. Der Preßfonds hat bereits die Höhe von 60000 Mk. erreicht; sobald derselbe auf 200000 Mk. gestiegen ist, soll das Blatt ins Leben gerufen werden. Damit soll für die englisch sprechende Arbeiterschaft von Newyork und Brooklyn ein Blatt geschaffen werden, das die Interessen der Arbeiterschaft auf politischem und ökonomischem Kampfgebiete vertritt; die Genossen hoffen, durch diese neue Zeitung namentlich unter den Mitgliedern der Trade Unions für den Sozialismus wirken zu können.

Gerichtssaal.

Strafkammer.

Halle, 17. Januar.

Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Zacke; Ankläger: Staatsanwalt Schlütter.

Gegen das Fürsorge-Erziehungsgesetz verstoßen haben sollen der Invalide Franz Pandel und dessen Ehefrau Minna Pandel geb. Wegener. Im August vorigen Jahres kam der Sohn der Angeklagten, der sich in Burg-Steinfurth, Westfalen, in Fürsorgeerziehung befindet, in das elterliche Haus, wo er aufgenommen und im August und September beherbergt wurde. Die Eltern sollen sich durch die Aufnahme strafbar gemacht haben, und verpflichtet gewesen sein, die Ankunft des Jungen der Polizei zu melden. Sie behaupten aber, der Junge habe es in der Fürsorgeerziehung sehr schlecht gehabt; man habe ihm nicht genügend zu essen gegeben, ihn in den Keller gesperrt 2c. Seitens der Anstaltsleitung wird dies bestritten. Der Staatsanwalt beantragte gegen beide Angeklagte je 6 Wochen Gefängnis; das Urteil lautete auf je 1 Woche Gefängnis.

Mit Freisprechung endete die auf Betrug lautende Klage gegen die verwitwete Charlotte Trotha geb. Pfeifer und deren Tochter, Plätterin Klara Trotha, beide von hier. Beide Angeklagte wohnten bei dem Installateur Bönicke zur Miete und wollten gegen Mitte November vorigen Jahres die Wohnung gern räumen, obwohl sie kontraklich verpflichtet waren, bis 1. April 1905 wohnen zu bleiben, bezw. Miete zu zahlen. Um nun ohne sofortige Mietezahlung loszukommen, sollten die Angeklagten dem Bönicke auf einem Revers etwas Falsches vorgespiegelt haben. Bönicke, der die Angeklagten in Frieden ziehen ließ, fühlte sich betrogen. Das Gericht erachtete aber nicht Betrug sondern zivilrechtlichen Anspruch für vorliegend, und sprach beide Angeklagte dem Antrag gemäß frei.

Kleine Chronik. Erhebliche Strafe wegen einer Zechprellerei, durch die einem Gastwirt nur ein Schaden von 60 Pfennig zugefügt worden war, erhielt der Kellner Otto Emil Zörner von hier. Er wurde mit Rücksicht auf seine wegen Betrugs erhaltenen Vorstrafen zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. — Eine Dienstmagd aus Wurzen, früher in Halle, wurde beschuldigt, einer Freundin in Reideburg Kleidungsstücke usw. entwendet zu haben. Sie erhielt 3 Monate und 1 Woche Gefängnis. — Ein Stellmacher hatte sich im Monat August v. J. seinem Hauswirt gegenüber sehr rabiat benommen und war vom hiesigen Schöffengericht wegen Sachbeschädigung, Hausfriedensbruch und Bedrohung zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Seine gegen das erste Urteil bei dem Landgericht eingelegte Berufung wurde verworfen.

Eingesandt.

Proletarierkrankheit und Kassenbeamte.

Es muß als auffallend bezeichnet werden, daß die Sterblichkeit an Schwindsucht sich überall im Rückgange befindet, während in Halle noch nichts davon zu merken ist. Die Gründe für diese sonderbare Erscheinung liegen klar auf der Hand. Denn die ganze Welt ist sich darüber einig, daß es gegen die Proletarier-Krankheit nur ein einziges Mittel gibt, nämlich das Naturheilverfahren. Die Lungenheilstätten sind doch nichts anderes als Naturheilanstalten für Schwindsüchtige. Von hiesigen Kassenbeamten werden jedoch seit Jahren diese modernen Heilmethoden mit den verwerflichsten Mitteln gewaltsam aus den Krankenkassen ferngehalten. Wenn man bedenkt, daß unser Volksblatt stets für die Errungenschaften moderner Kultur und Wissenschaft eingetreten ist, so muß das Verhalten jener Kassenbeamten als ein

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219050120-15/fragment/page=0007

Schlag in das Antlitz der hiesigen Arbeiterschaft betrachtet werden. Man sollte doch aber solche Dinge nicht so leicht nehmen wie bisher, denn wenn der Arbeiter an Leib und Leben und nicht zuletzt am Geldbeutel durch die „selbstverwalteten" Krankenkassen geschädigt wird, dann kommt er nur zu leicht auf den Gedanken, daß er auch von der politischen Selbstverwaltung nichts Besseres zu erhoffen hat. Daß zwischen dem Rückgange der sozialdemokratischen Stimmen und den auch sonst wenig erfreulichen Zuständen in den Krankenkassen ein enger Zusammenhang besteht, ist außer allem Zweifel. Man sollte deshalb auch in Halle derartige Dinge nicht ausschließlich den im Ortskassen-Verband vereinigten Elementen überlassen. Vielmehr muß das Volksblatt im Bunde mit dem Sozialdemokratischen Verein und dem Gewerkschaftskartell über die Köpfe der Kassenbeamten hinweg eine Agitation ins Werk setzen, welche die von dieser Seite der hiesigen Arbeiterbewegung drohenden Gefahren noch rechtzeitig abwendet. Dieses Jahr darf nicht zu Ende gehen, ohne den hiesigen Arbeitern eine zentralisierte Ortskrankenkasse und die Zulassung des Naturheilverfahrens gebracht zu haben. Die organisierte Arbeiterschaft hat alle Ursache, Mißstände im Krankenkassenwesen zu verhindern, um Partei und Gewerkschaften vor Nachteil zu schützen. Drum auf zum Kampfe gegen die Kassenbeamten, bevor es zu spät ist!

Mehrere organisierte Arbeiter.

Nachschrift der Redaktion. Wir geben vorstehendes Eingesandt wieder, ohne daß wir uns mit allem einverstanden erklären können. Daß die Zentralisation der Krankenkassen noch nicht erfolgt ist, liegt nicht an den Arbeitern, die schon seit langen Jahren für die Verschmelzung eingetreten sind, sondern am Gesetz. Die Ausfälle bei Wahlen in Verbindung zu bringen mit den Zuständen in den Krankenkassen, ist untunlich. Der Grundgedanke des Eingesandts, daß sich die Mitglieder der Krankenkassen mehr um die Verwaltung derselben kümmern sollen, verdient volle Berücksichtigung.

Erwiderung.

Dem Genossen W. Hinze sei hier gesagt, daß sein Artikel bei näherer Untersuchung in sich selbst zusammenbricht, und daß seine künstliche Aufregung zwecklos ist. (Warum, sei hier dahingestellt.) Ueber die Kollegen des Metallarbeiterverbandes haben wir überhaupt nichts erwähnt, jedoch läßt sich vom Standpunkt der Solidarität bei Besetzung solcher Stellen unserem Verbande gegenüber manches Wort reden, und viele Mitglieder in der Verwaltung des Konsumvereins sind auch von dieser Ansicht durchdrungen. Ferner ist es doch gar nicht nötig, daß das Eingesandt von einem arbeitslosen Kollegen geschrieben wird, denn in erster Linie hat doch die Verwaltung die Pflicht, die Interessen des Verbandes und somit die seiner Mitglieder zu wahren. — Ferner ist es ein Rätsel, was der persönliche Glaube betreffs seiner richtigen Taktik (?) in der Metallarbeiter-Bewegung mit dem Eingesandt zu schaffen hat. — Auch kann ihm verraten werden, daß es bei uns vollständig windstill ist, daß ferner keine Vorder- und Hintermänner bei uns irgend welche Nummer haben. Seinen Rat, den er uns gibt, überlassen wir seinem eigenem Ermessen, und hat unser letzter Satz in seiner Bedeutung nichts verloren.

Die Redaktion möchten wir ersuchen, sich doch nicht mit einem Vorurteil gegen uns befangen zu halten, denn man soll Differenzen nicht heraufbeschwören, und dann brauchen solche nicht erledigt zu werden, denn bekanntlich muß bei solchen immer einer Unrecht bekommen.

Verband der Maschinisten und Heizer.

Anm. der Redaktion! Der Schlußsatz des vorstehenden Eingesandt vermutet eine Voreingenommenheit der Redaktion gegen die Maschinisten und Heizer, weil wir — auch im Interesse der Maschinisten und Heizer — einige Sätze gestrichen haben. Unsere Leser werden verstehen, wenn wir uns dagegen nicht verteidigen.

Aus dem Reiche.

Berlin. Vor dem Schwurgericht des Landgerichts I begann gestern die Verhandlung gegen den Masseur Köhler, welcher sich wegen der an der Frau Radatus begangenen Verbrechen gegen die §§ 218 und 219 des Strafgesetzbuches, und wegen der an der Leiche begangenen Verstümmelungen zu verantworten hat. Die fünf weiteren Angeklagten, Fräulein Simons, Fräulein Trobe, Fräulein Höpfner und Arbeiter Ludwig und Rosen, sind nur auf Grund des § 218 (Verbrechen gegen das keimende Leben) unter Anklage gestellt. Nach Verlesung des Eröffnungsbeschlusses beantragt der Staatsanwalt wegen Gefährdung der Sittlichkeit die Oeffentlichkeit während der ganzen Dauer der Verhandlung auszuschließen. Der Gerichtshof beschließt demgemäß.

Jena. Professor Abbes Leichenbegängnis ist am Dienstag vor sich gegangen. Der große Saal des Volkshauses war wirkungsvoll dekoriert. Es sprachen Dr. Czapski und Regierungsrat Vollert im Namen der Zeiß-Stiftung, Professor Wagemann für die Universität, der Vorsitzende des Arbeiterausschusses, Leber, für die Arbeiterschaft. Weiter hielten Gedächtnisreden Professor Ernst Häckel als Naturforscher und als Studienfreund des Verblichenen, Oberbürgermeister Singer im Namen der Stadt Jena. Zahllos waren die Kranzspenden, die am Sarge niedergelegt wurden; unter andern hatten der Großherzog von Sachsen-Weimar, die Großherzöge von Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg und Sachsen-Koburg-Gotha Kränze gestiftet; neben diesen Widmungen lagen solche von wissenschaftlichen, gemeinnützigen 2c. Vereinen, unter denen auch eine herrliche Blumenspende des deutschen Metallarbeiter-Verbandes bemerkt wurde. Viele Tausende schlossen sich nach Beendigung der Feier dem Trauerzuge nach dem Friedhofe an, wo die Leiche eingeäschert wurde.

Stolp. Wegen bedeutender Unterschlagungen wurde der Zahlmeister Lange vom Husarenregiment Nr. 5 nach einer Kassenrevision verhaftet.

Vermischtes.

* **Grubenunglück.** In einem Schachte bei St. Helens (England) stürzte ein Fahrstuhl, worin sich 21 Grubenarbeiter befanden, infolge Unvorsichtigkeit des Führers 1700 Meter tief hinab. 5 Arbeiter wurden getötet, die übrigen 16 mehr oder minder schwer verletzt.

* **Opfer des Eislaufes.** Eingebrochen und ertrunken sind in Harburg zwei Kinder eines Zimmermanns; ferner brachen beim Eislauf auf der Düssel sieben Personen ein; ein 18jähriges Mädchen und ihr 16jähriger Bruder ertranken. Bei Rendsburg brach der Sohn des Gemeindevorstehers von Schilldorf ein. Zwei im Dienste seines Vaters stehende Dienstjungen wollten ihn retten und brachen ebenfalls ein. Alle drei Knaben ertranken.

* **Infolge des Felssturzes in Norwegen,** von dem gestern gemeldet wurde, sind wie jetzt festgestellt ist 59 Menschen ums Leben gekommen und 5 Höfe fortgeschwemmt worden.

Literatur.

Attentate und Sozialdemokratie von August Bebel, nach einer am 2. November 1898 gehaltenen Rede. Bebel hielt diese Rede, als die Scharfmacher nach dem Attentat des Italieners Luccheni auf die Kaiserin von Oestreich versuchten, gegen die Sozialdemokratie Ausnahmegesetze zu veranlassen. Bebel wendet sich scharf gegen die Propaganda der Tat, indem er nachweist, daß diese die Arbeiterbewegung nur schädigen könne. Er zeigt ferner, daß die Attentate eine Frucht der bürgerlichen Geschichtsschreibung sind, die den Einfluß mächtiger Personen auf die politische Entwicklung hervorhebt. Durch ein reiches historisches Material weist Bebel nach, daß Attentate begangen wurden, ehe es Sozialdemokraten und Anarchisten gegeben hat. In dem Nachwort zu der jetzt erschienenen zweiten Auflage ergänzt Bebel das historische Material. Die Broschüre kostet 15 Pfennig.

Achtung, Bombe! betitelt sich ein einaktiger Schwank von Ludwig Lessen, der soeben als neues Heft in der Sammlung sozialistischer Theaterstücke im Verlage der Buchhandlung Vorwärts in Berlin erschienen ist.

Irgend eine Gemeinde im lieben deutschen Vaterland hat ein neues Mitglied in den Gemeinderat zu wählen. Auf beiden Seiten — im Ordnungslager und bei den Sozialdemokraten ist tüchtig „gewühlt" worden. Nun soll sich's entscheiden, wer den Sieg davon trägt. Schon sind die Honoratioren des Ortes siegessicher im Wahllokal versammelt, da bringt der Gemeindediener ein Paket, eine angebliche „Bombe" angeschleppt. Er erzählt eine Mordsgeschichte, wie er zu dem Paket, das niemand öffnen will, gekommen sei. Durch den ganzen Ort ist wie ein Lauffeuer das Gerücht von der Bombe im Wahllokal geflogen; kein Bürgerlicher wagt daher das Lokal zu betreten, so daß der Sozialdemokrat einstimmig gewählt wird. Zum Schluß enthüllt sich der harmlose Inhalt der Bombe. Der Schwank ist reich an komischen Figuren, die Handlung spannend und wird vielen eine frohe Stunde bereiten. Einzelne Exemplare kosten 1 Mk. Das Aufführungsrecht ist an die Abnahme von 11 Rollenexemplaren geknüpft, die 5.50 Mk. kosten. Das Verzeichnis der in der Sammlung erschienenen Theaterstücke wird auf Wunsch gratis versandt.

Süddeutscher Postillon. Nr. 2 bringt den „süßen Bernhard", der der noch süßeren Reichsmarmelade-Büchse entsteigt — ein Hochgenuß für alle Reichstreue, auch ein Gedicht ist dem süßen gewidmet. Einer netten Vignette „Glückliche Stunden" folgt der finstere, vom Katzenjammer schwer bedrückte Richter. H. P. spendete ein fein gezeichnetes Paar Domherren. Das kühne Schlußbild „Ein Verstoß gegen geheiligten Gebrauch" zeigt Rußlands drohende Gefahren. Vom Texte sei hervorgehoben: Berlin marschiert seit je an der Spitze. — Frei-Rußland, ein hervorragend empfundenes Gedicht. — Nachte über § 175 usw., würzig gemischt durch eine große Anzahl pikanter Kleinigkeiten. Die prächtige Nummer können wir Liebhabern gesunden Humors gerne empfehlen. Preis 10 Pf.

Letzte Nachrichten.

Krieg in Ostasien.

Tokio, 19. Januar. Die mühevolle Arbeit, den Zugang zum Hafen von Port Arthur von Minen zu säubern und die gesunkenen Sperrschiffe und Kriegsfahrzeuge zu heben, werden eifrig fortgesetzt. 2000 geschulte japanische Arbeiter kamen von Dalny an, um die teilweise zerstörten Docks wieder herzustellen.

Petersburg, 19. Januar. Die Klagen Rußlands wegen der Verletzung der Neutralität durch China sind in einem Memorandum zusammengefaßt. Gestern wurde dieses Japan übergeben. Es enthält 7 Punkte; 1. Errichtung einer Marinebasis seitens der Japaner auf der Insel Miao, 2. Transport von Kriegsmaterial und Proviant auf der Niutschwang-Eisenbahn, 3. Lieferung von Kriegsmaterial an Japan seitens chinesischer Werke in Hankau, 4. Einreihung chinesischer Soldaten in die japanische Armee, 5. Die Befehligung chinesischen Truppen an der Grenze durch von China angestellte japanische Offiziere, 6. Organisation von Tungusenbanden zur Beteiligung am Kampfe gegen die Russen, 7. Beschlagnahme eines russischen Torpedobootzerstörers, der nach Tschifu geflüchtet war, durch die Japaner. In japanischen Kreisen erklärt man, die japanische Regierung werde überlegen, ob sie die Note beantworten wolle.

London, 19. Januar. Wie gemeldet wird, haben russische Truppen die Stadt Kashgar in Ostturkestan besetzt. Diese Bewegung wird als eine Bedrohung der Unabhängigkeit Afghanistans aufgefaßt. Die chinesische Regierung hat sich bereits über die unzulässige Besetzung von Kashgar beklagt. Die Entwicklung der bedrohlichen Lage in Zentralasien wird mit Spannung erwartet.

Der Streik im Ruhrrevier.

Bochum, 19. Jan. In Dortmund, Bochum und Herne herrscht **musterhafte Ruhe.** In Dortmund ist eine Bekanntmachung des Oberpräsidenten angeschlagen: „Wer sich unbefugt in der Nähe der Betriebsstätten eines Bergwerks oder auf den Zugangsstellen zu einer solchen Betriebsstätte aufhält, oder der Aufforderung der Polizeimannschaften, sich zu entfernen, nicht nachkommt, wird mit Geldstrafe bis zu 60 Mark oder entsprechender Haft bestraft."

Auf mehreren Zechen wurden bei Lohnauszahlungen **sechs Schichten abgezogen** und zahlreichen Bergarbeitern **die Wohnung gekündigt.**

Essen, 19. Jan. Die Verwaltung der Hanielschen Zeche Rheinpreußen hat die Forderungen der Arbeiter angenommen. Die Belegschaft hat infolgedessen beschlossen, weiter zu arbeiten.

Dortmund, 19. Jan. Der Hörder Verein konnte den ruhenden Betrieb wieder aufnehmen, da fremde Kohlen anlangten.

Bochum, 19. Jan. Auf der Zeche Präsident sind Streikposten als Polizeibeamte vereidigt; sie tragen weiße Binden und führen eine Kontrollmarke bei sich.

Berlin, 19. Jan. Minister Möller erklärte gestern abend in einem Interview, daß er persönlich sich nicht in das Streikgebiet begeben werde. Er habe dagegen den Geheimen Obergrat Meißner und den Geheimen Bergrat Neuß aus seinem Ministerium dorthin abgeordnet, während aus dem Ministerium des Innern Geheimrat Ritter entsandt worden sei. Diese Delegierten werden heute früh im Ruhrrevier eintreffen. Nach einem an den Minister gelangten Telegramm waren gestern früh nur 45 000 Mann angefahren, etwa 200 000 sind im Ausstand. 11 kleine Zechen mit 5000 Arbeitern sind von der Bewegung nicht berührt.

Essen, 19. Jan. Der Rhein.-Westf. Ztg. zufolge wurde der **Kommerzienrat Lueg** aus Oberhausen zur Berichterstattung über den Generalstreik gestern **vom Kaiser nach Berlin geladen.**

Im Hafen von Ruhrort fanden gestern keine Kohlenverpackungen mehr statt. Auf der Zeche Sellerbeck bei Mülheim wurde, um eine Stillegung zu verhindern, die Arbeit wieder aufgenommen. Die Johanneshütte bei Dortmund mußte gestern den Betrieb einstellen.

Mährisch-Ostrau, 19. Jan. Im hiesigen Kohlenrevier sind Abgesandte der Grubenbesitzer des Ruhrgebietes eingetroffen, um Arbeitswillige anzuwerben; ihre Bemühungen blieben bisher resultatlos, obwohl den Arbeitern freie Fahrt und höhere Löhne offeriert wurden.

Budapest, 19. Januar. In Kreisen der Opposition verlautet bestimmt, daß die Regierung anläßlich der Wahlen die Reservemannschaften aller Infanterie-Regimenter einberufen wolle, da die aktiven Truppen zur Aufrechterhaltung der Ordnung nicht genügen würden.

Petersburg, 19. Januar. Der Ausstand der Arbeiter auf den Newski-Schiffswerften gewinnt dadurch große Bedeutung, daß die Arbeiten an den von der Regierung in Auftrag gegebenen Schiffsbauten beeinträchtigt sind. Petit Parisien berichtet, man stehe in Erwartung ernster Ereignisse; morgen würden wahrscheinlich 100 000 Arbeiter ausständig sein. Die Truppen bleiben konsigniert. Die Polizei hat ganz besondere Maßnahmen für die Sicherheit des kaiserlichen Palastes getroffen, wo sich die kaiserliche Familie angesichts der bevorstehenden kirchlichen Feste aufhält. 4 große Werkstätten, in denen Tag und Nacht Munition und Waffen hergestellt werden, liegen still. Auch 2 Spinnereien feiern, und morgen werden andere folgen. Die Arbeiter verfügen über genügende Streikgelder, um den Ausstand 4 Wochen aushalten zu können. Bis jetzt sind Zwischenfälle nicht zu verzeichnen, doch fürchtet man, daß der Konflikt durch politische Verwickelungen kompliziert wird.

Paris, 19. Januar. Das Eco de Paris meldet aus Petersburg: Obgleich der Rücktritt des Fürsten Swiatopolk noch nicht amtlich mitgeteilt wurde, ist er dennoch Tatsache. Der Zar hat die Demission gestern angenommen. Auch der Landwirtschaftsminister wird sich zurückziehen.

Briefkasten der Redaktion.

A. W. 20. Sie müssen sich der Filiale Halle des Buchdruckereihilfsarbeiterverbandes anschließen. Wenden Sie sich an den Genossen Simon, Genossenschaftsdruckerei, Geiststraße 21.

W. K. Die Adresse des Vorsitzenden des Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiterverbandes ist: A. Brey, Hannover, Schillerstraße 5.

Nirdit. Die Privatklage muß innerhalb 3 Monaten, von dem Tage an gerechnet, wo Sie von der Beleidigung Kenntnis erhielten, beim Gericht eingereicht werden. Der Kostenvorschuß beträgt 10 M. Die Klage kann vormittags zwischen 10 und 12 Uhr persönlich auf der Gerichtsschreiberei zu Protokoll gegeben werden. Sie können sich, wenn Sie arm sind, vom Amtsvorsteher auch ein Armenattest zur Klage ausstellen lassen.

G. L. in Z. Sie müßten das Testament anfechten. Ob sich das empfiehlt, können wir nicht sagen. Verjährung ist keinesfalls eingetreten, wenn nicht ein ausdrücklicher Verzicht vorliegt.

A. N. Sie hätten dem Geschäft Kenntnis von der Pfändung geben sollen, damit das Geschäft die Sachen reklamieren konnte. Jetzt sind Sie haftbar.

Oberröblingen. Das ist leider kein Grund zum sofortigen Verlassen des Dienstes. Verlangen Sie genügende Beköstigung. Kündigen kann das Mädchen nur 3 Monate vor Ablauf des Jahres. Beschweren Sie sich aber über das Essen beim Amtsvorsteher. Wer ist denn die noble Herrschaft, die das Dienstmädchen hungern läßt?

Frau E. Qu. Ihr Mann ist im Unrechte. In Deutschland befinden sich Münzstätten in den Städten Berlin (Münzzeichen A), Hannover (B), Frankfurt a. M. (C), München (D), Dresden (E), Stuttgart (F), Karlsruhe (G), Darmstadt (H), Hamburg (J), Straßburg (K). In letzter Zeit hat auch Bremen eine Münzstätte erhalten.

N. Z. Nach § 922 des Bürgerlichen Gesetzbuchs sind die Unterhaltungskosten des Zaunes gemeinsam zu tragen. So lange Sie an dem Fortbestande des Zaunes Interesse haben, darf der Nachbar denselben ohne Ihre Zustimmung nicht beseitigen. Geschieht dies dennoch, so müssen Sie klagbar vorgehen (beim Amtsgericht).

W. M. in L. Der Schein verleiht nur das Recht, sich um gewisse Stellen bewerben zu dürfen; aber eine solche Stelle zu erlangen, bleibt vollständig Ihnen selbst überlassen. Stellen Sie Ihren Antrag beim Bürgermeister, der ihn dann weiter zu geben hat.

P. K. 500. Wenn es sich nicht um Waren zum Handeln sondern um solche zum Verbrauch des Käufers gehandelt hat, ist die Forderung mit dem 31. Dezember 1904 verjährt, falls keinerlei weitere Vereinbarung betreffs der Zahlung und keine Anerkennung der Schuld stattgefunden hat.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle (Süd, Steinweg 2), 17. Januar.

Aufgeboten: Arbeiter Kohl und Anna Griesch (Diemitz und Halle a. S.). Maurer Dönau und Therese Schlennstedt (Nietleben). Sattler Wiese und Auguste Kühne (Leipzig).

Geboren: Tapezierer Renner S. (Domplatz 7). Heizer Gärtner T. (Freiimfelderstraße 120). Postboten Füchsel T. (Mauerstraße 15). Zimmermann Brömme T. (Klinik). Maurer Deetz T. (Hirtenstr. 6). Buchhalter Tümmler T. (Freiimfelderstraße 35). Lehrer Roß T. (Taubenstr. 24). Arbeiter Kraft S. (Schmiedstr. 20).

Gestorben: Witwe Schmidt, 64 J. (Mauerstr. 16). Formers Haring S., totgeb. (Klinik). Trichinenschauer Wagenführ, 54 J. (Klinik).

18. Januar.

Aufgeboten: Postbote Macke und Klara Helling (Halle a. S. und Helfta).

Eheschließungen: Tapezierer Schüler und Paula Rißmann (Bernhardystraße 20 und Friedrichstraße 5). Kaufmann Werner und Emma Rader (Merseburgerstraße 15 und Unterplan 7). Kesselschmied Berke und Emilie Fiedler (Jakobstraße 44).

Geboren: Heizer Bachmann S. (Böllbergerweg 10). Schuhmacher Voigt S. (Spitze 9). Arbeiter Meise T. (Kleiner Sandberg 18).

Gestorben: Zigarrenmachers Beyer S., 2 Wochen (Pfännerhöhe 33). Schaffner Leinung, 52 J. (Halberstädterstraße 2). Witwe Voigt, 85 J. (Weingärten 33).

Halle (Nord, Burgstraße 38), 17. Januar.

Eheschließungen: Landgerichtsrat Mathy und Ilse von Ziegner (Advokatenweg 1 und Händelstr. 25).

Geboren: Missionar Scheler S. (Harz 10). Geschirrführer Schaffernicht T. (Gr. Wallstr. 38).

Gestorben: Landgerichtsrat a. D. Grobe, 67 J. (Mühlweg 28). Arbeiters Heinicke S., 8 J. (Wörthstr. 11). Direktors Dr. phil. Brandes T., 2 Mon. (Seebenerstr. 16). Maurer Brömme, 48 J. (Fleischerstr. 13).

Quittung.

Für Parteizwecke:

Teuchern. Weil Eduard den Käpsel vergessen hat 1.85 M. Von Th. Kl. 0.21 M. Otto.

Für die streikenden Bergarbeitr:

Ueberschuß vom Diskutierabend des Glauchaer Viertels 5.75 M. M. Güldenberg.

Weißenfels.

Achtung! Die Inhaber der noch ausstehenden Sammellisten Nr. 53, 58, 59, 60, 61, 63, 64, 65, 76, 89, 92, 94 und 100 werden ersucht, nächsten Sonnabend in der Zentralhalle die Listen leer oder gezeichnet abzuliefern, da schleunige Abrechnung erfolgen soll.

Verantwortlicher Redakteur: A. Weißmann in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219050120-15/fragment/page=0008